



INFORMATIONSBÜRO
NICARAGUA e.V.

Eine Gemeinschaftsausgabe
September/Oktober 2009



NICARAGUA // VOM GESTERN, HEUTE UND MORGEN EINER REVOLUTION // 30 Jahre nach dem Sturz der Diktatur

Aktuelle Eindrücke zum 30. Jahrestag // Basisbewegungen in
Nicaragua // Rückblick auf die deutsche Solidaritätsbewegung

ÖKUMENISCHES BÜRO FÜR FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT E.V.

Pariser Straße 13, D – 81667 München
Tel: 089 / 448 59 45, Fax: 089 / 48 76 73
www.oeku-buero.de

info@oeku-buero.de

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA E.V.

Deweerthstr. 8, D – 42107 Wuppertal
Tel: 0202 / 30 00 30, Fax: 0202 / 31 43 46
www.informationsbuero-nicaragua.org/

info@informationsbuero-nicaragua.org

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Gneisenaustr. 2a, D – 10961 Berlin
Tel: 030 / 694 61 00, Fax: 030 / 692 65 90
www.lateinamerika-nachrichten.de

redaktion@LN-Berlin.de

IMPRESSUM.

Der Schwerpunktteil der LN 423/424 ist eine Gemeinschaftsausgabe.
ViSdP: Klaus Heß, Andrés Schmidt, Anna Schulte

Wir danken für die finanzielle Unterstützung von InWEnt,
Rosa-Luxemburg-Stiftung und Evangelischem Entwicklungsdienst.

The logo for 'eed rls' features a stylized '@' symbol with a cross inside, followed by the text 'eed rls'. Below 'eed' is 'Evangelischer Entwicklungsdienst' and below 'rls' is 'Rosa-Luxemburg-Stiftung'.

The logo for 'inWEnt' features the text 'inWEnt' in a blue, sans-serif font, with a stylized blue wave or 'W' shape above the 'W'. Below it is the text 'Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH'.



NICARAGUA // VOM GESTERN, HEUTE UND MORGEN EINER REVOLUTION // 30 JAHRE NACH DEM STURZ DER DIKTATUR

- 2 **Gemeinsam vor und zurück** // Von Idealen und Projektionen, von Träumen und Realitäten
- 4 **Vom langen Atem** // Nicaraguanische JournalistInnen haben unterschiedliche Antworten auf Fragen nach Vergangenheit und Zukunft der sandinistischen Bewegung in ihrem Land
- 10 **Nicaragua von der Revolution bis heute** // Eine Chronik
- 12 **Solidarität zwischen den Fronten** // Nicaragua aus der Perspektive eines Besuchers
- 17 **Zwischen Traditionalismus und Migrationsträumen** // Ein Überblick über die heutigen Jugendbewegungen in Nicaragua
- 20 **Gespalten aber ungebrochen** // Die Regierung geht repressiv gegen eine starke Frauenbewegung vor
- 26 **Das Land denen, die es bearbeiten** // Eine Übersicht über die Landbewegung
- 31 **Das Ringen um die Basis** // Stadtteilbewegung in Nicaragua: Von den Komitees zur Verteidigung des Sandinismus zu den Komitees zur kommunalen Entwicklung
- 35 **Zurück auf Los?** // Das Informationsbüro Nicaragua über die Solidarität mit der Revolution
- 39 **Befreiungsversuch aus der Enge** // Ein Blick auf die Arbeit der unabhängigen Nicaraguagruppen in der DDR und die heutige Projektarbeit von INKOTA



GEMEINSAM VOR UND ZURÜCK

VON IDEALEN UND PROJEKTIONEN, VON TRÄUMEN UND REALITÄTEN

Dreißig Jahre nach dem Sturz der Diktatur in Nicaragua: Wo ist das Erbe der Revolution noch erlebbar – bei nicaraguanischen PolitikerInnen und BasisaktivistInnen aber auch in der deutschen Solidaritätsbewegung? Auf diese und andere Fragen suchen wir Antworten. Gemeinsam berichten die *Lateinamerika Nachrichten*, das Informationsbüro Nicaragua und das Ökumenische Büro „vom Gestern, Heute und Morgen einer Revolution“.

„30 Jahre Revolution in Nicaragua“ könnte der Titel dieser Schwerpunktausgabe lauten. In der Tat sind seit dem Sturz der Somoza-Diktatur 1979 dreißig Jahre vergangen. Doch „30 Jahre Revolution“ würde ja genau genommen bedeuten, dass die Revolution seit dreißig Jahren lebt, besteht und anhält. Aber tut sie das? Oder sind die mit der Revolution verbundenen Hoffnungen und Ideale verblasst und vergessen? Wir wollen hinschauen ins „Nicaragua dreißig Jahre nach der Revolution“, in das Land und zu den Menschen, die sich vor drei Jahrzehnten von ihrem Unterdrücker befreiten.

Bereits vor zehn Jahren haben wir vor- und zurück geblickt. Auch zum 20. Jahrestag der Revolution in Nicaragua haben wir gemeinsam eine Schwerpunktausgabe veröffentlicht. Damals, neun Jahre nachdem die Regierung der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) 1990 abgewählt worden war, hieß es darin: „Auch die FSLN ist heute kein Hoffnungsträger mehr. Im Gegenteil. Daniel Ortega kungelt mit dem erkonservativen und höchst korrupten Präsidenten Alemán, wogegen SandinistInnen (außerhalb wie innerhalb der FSLN) auf die Straße gehen.“ Zehn Jahre später hat dieser Satz immer noch seine Gültigkeit, denn der Pakt zwischen Ortega und Alemán besteht bis heute, wenn auch mit getauschten Rollen. War damals Alemán im Amt des Präsidenten, so ist es heute Daniel Ortega. Gekungelt wird indes weiter: Der Pakt hat die Verurteilung des korrupten Ex-Präsidenten überdauert, ihm eine angenehme „Haftzeit“ beschert und später gar seinen Freispruch ermöglicht. Mittlerweile sind Ortega

und Alemán in der Lage, die Entscheidungen der wichtigsten Institutionen im Land zu kontrollieren. Der Pakt machte die Wiederwahl Ortegas überhaupt erst möglich. Dem Ziel von Machterhalt und -ausbau opfert die FSLN-Führung indes viele ihrer einstigen Ideale. So wurde mit Unterstützung der FSLN selbst die therapeutische Abtreibung unter Strafe gestellt, es wird repressiv gegen soziale Bewegungen vorgegangen und Oppositionsparteien wurden von den Kommunalwahlen vergangenen Herbst ausgeschlossen. Die kritischen Stimmen von SandinistInnen (vor allem derer außerhalb der FSLN) sowie partei-unabhängigen Organisationen im Land werden immer lauter. Ortega wird vorgeworfen, die damaligen Ziele und Ideale der Revolution zu verraten, gar von diktatorischen Tendenzen ist die Rede. Ortega selbst hingegen, stets begleitet von seiner Frau Rosario Murillo, die wichtige Schlüsselpositionen der Regierung besetzt ohne

.....
Noch immer gibt es viele Menschen, die den Kampf für ein Leben in Würde und Freiheit nicht aufgegeben haben.
.....

dazu legitimiert zu sein, bezeichnet seine Amtszeit als zweite Etappe der Revolution.

Was also schreibt man zum Jubiläum einer Revolution, deren Anführer heute zwar wieder an der Macht, aber gleichzeitig Zielscheibe immer lauter werdender Kritik von Seiten der sozialen Bewegungen ist? Lehnt man sich frustriert zurück und schüttelt den Kopf? Reiht man sich ein in die Enttäuschungsrufe und schlägt ein auf den scheinbar immer wieder kehrenden *caudillismo*? Wir haben uns bewusst entschieden, in der vorliegenden Gemeinschaftsausgabe einen anderen Fokus zu setzen. Denn bereits 1999 ging oben angeführtes Zitat weiter mit den Worten: „Diese Momente des Auflehns und Widerstehens sind es, die zeigen, dass die Revolution der achtziger Jahre keineswegs nur Geschichte ist. Viele derer, die Jahre ihres Lebens

in den Dienst der Revolution stellten, sind frustriert und niedergeschlagen, doch noch immer gibt es eine große Anzahl Menschen, die den Kampf für ein Leben in Würde und Freiheit nicht aufgegeben haben und weiterhin für Veränderungen kämpfen.“ Eben diese Menschen möchten wir zu Wort kommen lassen.

Dabei kam uns sehr zu gute, dass MitarbeiterInnen des Informationsbüros Nicaragua und des Ökumenischen Büros im Juli drei Wochen eine politische Informationsreise nach Nicaragua unternahmen. Somit hatten einige AutorInnen dieses Schwerpunkts die Möglichkeit, vor Ort genauer hinzusehen und -zuhören. Sie führten lange Gespräche mit zahlreichen BasisaktivistInnen und MitstreiterInnen der Revolution von damals und heute.

So schildert eine Reportage lebendig die Eindrücke eines „Besuchers“, der unter anderem auch den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Revolution in Managua beiwohnen konnte. Zudem geben wir Einblicke in die Arbeit unterschiedlicher Basisorganisationen. Eingeleitet von jeweils kurzen Überblicksartikeln zu vier Teilen der sozialen Bewegung Nicaraguas (kommunitäre Bewegungen, soziale Bewegungen auf dem Land, Frauenbewegung und Jugendbewegung) porträtieren wir einige BasisaktivistInnen, die von ihrer Arbeit damals und heute berichten und ein eindrucksvolles Bild Nicaraguas zeichnen.

Um ergänzend dazu auch Vielfalt in der Einschätzung der aktuellen (partei-)politischen Lage Nicaraguas zu bieten, haben wir vier nicaraguanische JournalistInnen nach ihrer Meinung über das historische Erbe der Revolution, die heutige Regierungspolitik Daniel Ortegas und die zukünftigen Entwicklungen Nicaraguas befragt.

Ein dritter Teil des Schwerpunkts beschäftigt sich mit dem aktuellen Stand der deutschen Solibewegung und -arbeitsgruppen mit Nicaragua. Hier soll kritisch beleuchtet werden, wie sich die Soliarbeit im Laufe der Jahre verändert und entwickelt hat und wie wir hier mit der heutigen Situation umgehen. Wie hat sich die Solidarität mit den Menschen in Nicaragua verändert, wie wandelte sich die Bewegung und Berichterstattung? Um Einsichten und Antworten bemühen sich zwei langjährig engagierte Autoren und AktivistInnen der Solidaritätsbewegung sowohl der BRD als auch der DDR.

Auch in der Auswahl der Fotos, die diesen Schwerpunkt illustrieren, möchten wir eine Brücke zwischen dem Gestern und Heute schlagen. Deshalb zieht sich durch den Schwerpunkt eine Bilderstrecke, die aktuelle Aufnahmen vom Sommer dieses Jahres mit Titelbildern älterer LN-Ausgaben kombiniert.

// LN , Infobüro Nicaragua, Oeku-Büro

▼ 1989 10 Jahre Nicaragua Libre

LATEIN AMERIKA
183/184 JULI/AUGUST 1989
DM 8,-

NACHRICHTEN

10 JAHRE NICARAGUA LIBRE
Die Revolution erfüllt unsere Träume

Themenblock Nicaragua: Frieden, Wahlen, Opposition ★ Die Contras im »Krieg um die Köpfe« ★ Jugendbanden in Managua ★ Gesundheit für alle? ★ Interview mit Tomás Borge ★ Gespaltene Soli-Bewegung
Außerdem in diesem Heft: Brasilien - »Retter der Nation« gesucht ★ Argentinien - Menem tritt an ★ El Salvador unter ARENA

▼ 1999 Nicaragua – Jahre der Revolution

LATEIN AMERIKA
301/302 JULI/AUGUST 1999 DM 8,50,-

NACHRICHTEN

Info-Blatt 44

Nicaragua
Jahre der Revolution

INFORMATIONSBÜRO
NICARAGUA e.V.

VOM LANGEN ATEM

NICARAGUANISCHE JOURNALISTINNEN HABEN UNTERSCHIEDLICHE ANTWORTEN AUF FRAGEN NACH VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT DER SANDINISTISCHEN BEWEGUNG IN IHREM LAND

Um die aktuelle politische Situation in Nicaragua zu verstehen und nicht von außen zu be- oder verurteilen, haben wir vier nicaraguanische JournalistInnen befragt. Sie blicken mit teils unterschiedlichen, teils gegensätzlichen Hoffnungen und Erwartungen auf die aktuelle und zukünftige Politik in Nicaragua.

Was ist heute, 30 Jahre nach dem Triumph der Revolution in Nicaragua, von deren Errungenschaften übrig geblieben? Oder sind alle Hoffnungen der Menschen bitter enttäuscht worden?

WILLIAM: Viele Errungenschaften der sandinistischen Volksrevolution werden über Jahrzehnte bestehen bleiben. Zum Beispiel die Staatsorgane, die demokratischen Organisationen und die Bürgerrechte nach der Verfassung von 1987, welche die Nicaraguaner niemals vorher besessen hatten. Unter den von der Revolution geschaffenen Institutionen garantieren Armee und die Polizei – beide aus der Guerrilla der FSLN hervorgegangen – die Stabilität, sichern die institutionellen Rechte

ab und stützen sich auf den Konsens aller politischen und sozialen Kräfte.

SOFIA: Ein wichtiges Erbe der Revolution ist die Verfassung von 1987. Diese Grundlage für Nicaraguas demokratische Entwicklung wird heute jedoch durch autoritäre Tendenzen erschüttert, die im Jahre 2000 mit dem Pakt zwischen Ortega und Alemán begonnen haben. Die Revolution war ein einzigartiger Moment einer Staatsneugründung, der trotz der späteren Niederlage einen Prozess der gesellschaftlichen Öffnung und Einbeziehung einläutete, um eine Demokratisierung voranzutreiben, die bis heute unvollendet und zudem gefährdet ist. Der Kampf der Bürger für ihre Rechte und Freiheiten ist, wenn man so will, das Beste, was von der Revolution geblieben ist.

MARIA: Vor 30 Jahren war Nicaragua ein Land mit 2,5 Millionen Einwohnern; heute sind wir 5,5 Millionen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat die Revolution nicht erlebt. Was von der Revolution übrig geblieben ist? Der Engländer John Ruskin hat einmal gesagt: „Nationen schreiben

.....



William Grigsby Vado ist seit 1986 Direktor des Radios *La Primerísima*. In der sandinistischen Befreiungsfront FSLN gehörte er 1994 zu den Mitbegründern der linken Strömung, war aktiv in der Sandinistischen Nationalversammlung

(Zentralkomitee) und der Nationalen Wahlkommission der Partei. Seit 1998 engagiert er sich als Basismitglied in der sandinistischen Bewegung.

.....

.....



Sofia Montenegro ist Wissenschaftlerin und Journalistin und war Mitgründerin der Zeitung *Barricada*, die von 1979 bis 1994 existierte. Heute ist sie Vorsitzende des Zentrums für Kommunikationsstudien CINCO. Seit 1978 ist sie aktive

Feministin und Mitglied der Autonomen Frauenbewegung Nicaraguas MAM.

.....

ihre Biografien in drei Bänden: im Buch der Taten, der Worte und der Kunst. Das Buch der Kunst ist das einzig vertrauenswürdige der drei.“ Die Kunst der Revolution – Musik, Lieder, Gedichte – bleibt bestehen. Was kraftvoll weiterlebt ist das Kunsthandwerk der menschlichen Würde, die für immer in den Köpfen und Herzen so vieler namenloser Menschen bestehen bleiben wird. Viele Erfolge der Revolution sind jedoch verschwunden. Seit einem Jahr etwa wird die aktuelle Regierung unter Daniel Ortega von der Opposition – auch der Opposition innerhalb des Sandinismus – als „institutionelle Diktatur“ oder Regierung mit „diktatorischen Tendenzen“ bezeichnet. Unabhängig davon, für wie weit fortgeschritten man diesen diktatorischen oder autoritären Prozess auch ansieht, so ist es doch unglaublich, dass wir uns die Frage stellen müssen, ob diejenigen, die eine Diktatur gestürzt haben, nun eine neue errichten.

ARTURO: Durch den revolutionären Prozess haben die Menschen eine höhere Förderung (Protagonismus) für ihre politischen Rechte und Möglichkeiten erhalten. Am deutlichsten wurde das während der Alphabetisierungskampagne 1980 sichtbar. Jedoch verstehen viele Nicaraguaner diesen Protagonismus als eine Art Verpflichtung – an Gott, die Partei, den Caudillo. Und deshalb läuft es dann doch darauf hinaus, dass sie ihr Verhalten diesen „höheren Mächten“ unterwerfen. Auch die Revolution selbst hat in Wirklichkeit nie versucht dieses Verhalten zu überwinden, sondern es eher für ihre eigenen Ziele ausgenutzt. Es ist der Revolution nicht gelungen, die Menschen zu

mündigen Bürgern zu machen, vielmehr hat sie Gefolgsleute geformt. Eine wirkliche Zivilgesellschaft aufzubauen ist die größte Herausforderung in diesem Land, was aber nicht das Ziel dieser sogenannten „zweiten Etappe“ zu sein scheint. Das ist wahnsinnig enttäuschend.

Gibt es in der FSLN noch ein spürbares Erbe der Revolution oder folgt die Partei heute, wie viele KritikerInnen behaupten, blind den Machtinteressen Daniel Ortegas und Rosario Murillos statt sich um die Interessen der Basis zu kümmern?

WILLIAM: Die Ereignisse zeigen, dass der Sandinismus im FSLN-Programm lebendig bleibt. Die dritte Regierung der sandinistischen Volksrevolution stellt die, die durch das neoliberale kapitalistische System verarmt und marginalisiert wurden, wieder ins Zentrum aller politischen Aktivitäten. Die Sozialprogramme zeigen die Berufung der Regierung und die von ihr bevorzugten Sektoren. Es gibt dafür viele Beispiele, im Erziehungswesen beispielsweise hat es eine neue Alphabetisierungskampagne gegeben und Schulbesuch ist wieder kostenfrei. Auch im Gesundheitswesen gibt es Fortschritte: die Kostenfreiheit bei Betreuung und Medikamenten, Ausbau der Infrastruktur und Betreuung von AIDS-Patienten zum Beispiel. Der ländliche Entwicklungsplan mit seinen Kreditprogrammen, technischer Assistenz, Eigentumstiteln für Kleinbauern und Kooperativen, Öffnung neuer Märkte und Verbesserung der Straßen und Wege zeigt auch eine klare Handschrift. Weitere

.....



Maria López Vigil

wurde in Cuba geboren, lebte in Spanien und nun seit langem in Nicaragua. Sie ist Verlegerin und Chefredakteurin der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift *Envío*. Außerdem ist sie Schriftstellerin und schrieb unter anderem

mehrere Kinderbücher sowie eine Biographie des Anfang der 80er Jahre in El Salvador ermordeten Bischofs Oscar Romero.



Arturo Wallace

ist Direktor der Zeitschrift *La Brújula*. Sie erscheint wöchentlich und unentgeltlich und definiert ihr Ziel darin, jungen Menschen „zu helfen ihre Identität und ihr Potential zu entdecken“. Zuvor war

er Korrespondent der BBC London für Zentralamerika sowie Universitätsprofessor.

.....



▲ Vom Revolutionshelden zur Werbeikone Nicht nur zum 30. Jahrestag prangt Ortega im ganzen Land

Belege für die revolutionäre Politik der aktuellen Regierung sind die Strategie der Energieunabhängigkeit und die Stärkung ländlicher und städtischer Frauen durch besondere Programme (Null-Hunger, Null-Wucher und andere).

MARIA: In den ersten Jahren nach der Revolution wurde die Regierung gemeinschaftlich geführt. 1984 war Daniel Ortega zwar gewählter Präsident aber dennoch „einer unter neunten“. Heute jedoch laufen alle Fäden in der Hand seiner Person zusammen – und seiner Familie und eines kleinen Kreises seiner Vertrauten. Selbst die Minister sind eingeschüchert und abhängig von seiner Gunst, öffentlich äußern dürfen sie sich nicht ohne sein Einverständnis.

Die *piñata* 1990 war der Beginn des moralischen Verfalls der FSLN [1990 sichteten sich sandinistische Kader kurz vor der Regierungsübergabe zahlreiche Eigentumstitel und Staatsgüter, Anm. d. Red.]. Damals wurden viele der Machthaber, die heute zum engen Ortegakreis zählen, zu

Grundbesitzern und Unternehmern. Das alles ist bis heute straffrei geblieben und die heutigen Unterstützer der FSLN kennen die einflussreiche Lobby der Unternehmer innerhalb von Partei und Regierung.

Das Null-Hunger-Programm hat ohne Zweifel eine Verbesserung der Ernährung von Tausenden Familien auf dem Land und in der städtischen Peripherie bewirkt. Viele essen heute besser und mehr. Doch trotz bester Absichten schaffen diese beiden Programme nicht, die Armut wirklich zu bekämpfen. Sie bleiben unterstützende Wohltätigkeitsmaßnahmen, die auch eine klientelistische Funktion haben. Die FSLN ist schon lange keine revolutionäre Partei mehr und schafft es nicht, all diese Menschen, die von ihren Programmen profitieren, wirklich in ihrer Bewusstseinsbildung zu unterstützen. Sie werden nicht darin bestärkt, sich selbst zu organisieren und vom Hilfspfänger zum Gestalter zu werden und endlich wirklich „direkte Demokratie“ zu praktizieren. Die Regierung spricht zwar stän-

dig von „direkter Demokratie“, doch wir wissen bis heute nicht, wo diese stattfindet.

SOFIA: Die FSLN von vor 30 Jahren existiert nicht mehr. Heute bleibt der FSLN lediglich der Name. Innerhalb der Parteistruktur zählt einzig die Loyalität mit Ortega, die totale Hörigkeit auf Rosario Murillo. Der Sandinismus von damals wurde ersetzt durch den „Orteguismo“, einer Mischung aus religiösem Fundamentalismus, Populismus und wirtschaftlicher Gefräßigkeit, die sich um die Interessen des Präsidentenehepaars dreht.

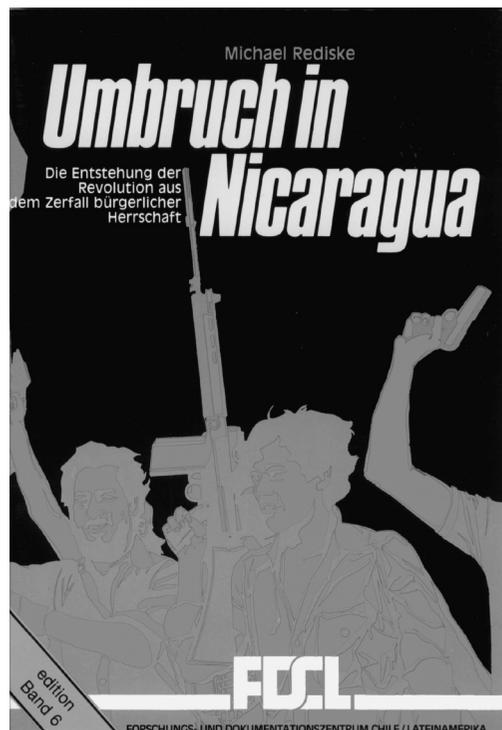
ARTURO: Versteht man den Sandinismus als eine breite soziale Bewegung, so leben dort viele Prinzipien und Ideale ohne Zweifel weiter fort. Die Verbundenheit mit diesen Werten sowie eine tiefe persönliche Überzeugung treibt viele der FSLN-AktivistInnen an. Die politische Partei hingegen hat die Ideale schon vor geraumer Zeit dem Pragmatismus geopfert. Die FSLN von heute ist eine vom Machterhalt besessene Partei und ihre momentane Führung

scheint bereit zu sein, dafür alle Ideale und ethischen Grundsätze über Bord zu werfen. Die Rolle der FSLN beim Verbot therapeutischer Abtreibungen, die unterschiedlichen Pakte mit Ex-Präsident Alemán, die Logik nach welcher der Oberste Wahlrat funktioniert, die Gewalt gegen oppositionelle Protestversuche sind einige Beispiele unter vielen. Auch wenn Pragmatismus die Frente dazu bringt, ihre Politik auf die Volksklassen zu richten, weil diese ja ihre Wählerbasis darstellen, wird der Klientelismus auf lange Sicht wahrscheinlich mehr negative als positive Folgen bringen. Leider ist die FSLN bis heute eine vertikal organisierte Partei, in der Loyalität und Parteidisziplin oberstes Gebot sind. Deshalb ist es sehr unwahrscheinlich, dass die vorhandenen Werte in der Basis den Zynismus der Parteispitze verändern könnten.

Die liberalen Vorgängerregierungen waren ja keinesfalls besser als die viel kritisierte Regierung Ortegas, oder? Welche Alternative gibt es zur FSLN-Regierung momentan?



▲ 1979 Solidarität mit dem Volksaufstand



▲ 1984 Umbruch in Nicaragua

NICARAGUA

WILLIAM: Die Alternative zur FSLN-Regierung ist eine andere FSLN-Regierung mit mehr Partizipation des Volkes und verfassungsmäßiger Anerkennung.

MARIA: Die FSLN war während der drei Vorgängerregierungen nie eine revolutionäre Opposition. Sie hat ihren weitreichenden Einfluss in diesen 19 Jahren außerhalb der Regierungsverantwortung wie ein Wahlverein ausgeübt und sich perfekt den neoliberalen Spielregeln angepasst. Die Abgeordneten der FSLN haben die Privatisierungen und neoliberalen Maßnahmen unterstützt. Und Daniel Ortega selbst lenkte die Proteste der aus Revolutionszeiten stammenden Massenorganisationen nach seinen Interessen und behielt zeitgleich seine revolutionäre Rhetorik bei. Dieses zweigleisige Verhalten hat die unendlich schnelle Entwicklung des Neoliberalismus in Nicaragua ermöglicht.

Und nun, als Regierungspartei, macht die FSLN keine Anstalten Einkommen, Reichtum oder Land umzuverteilen. Es gab keine Steuerreform, unser Steuersystem ist noch immer eines der ungerechtesten der Welt. Die Privilegierten sind und bleiben die gleichen. Der Staatshaushalt von 2008 folgt klar neoliberalen Kriterien. Sicher ist

das soziale Verantwortungsgefühl vieler Funktionäre der aktuellen Regierung größer als in der Vorgängerregierung unter Bolaños, aber das spiegelt sich leider weder im Staatshaushalt noch in den öffentlichen Ausgaben wieder.

SOFIA: Die Alternative liegt darin, dass eine demokratische und progressive Kraft an die Macht kommt – eine Macht, die sich wirklich den Grundrechten der Nicaraguaner verpflichtet fühlt, die Verfassungsmäßigkeit wiederherstellt und den Rechtsstaat so wiederbelebt, wie es die Verfassung der Revolution vorsieht. Das muss eine Kraft sein, die den linken und den rechten Autoritarismus überwindet und die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Demokratie wieder belebt. Da es diese Kraft nicht gibt, muss man sich heute für ihre Entwicklung einsetzen, eine andere Alternative wird dieses Land nicht haben.

ARTURO: Auf kurze Sicht sehe ich diese Alternative nicht. Eine wirkliche linke Alternative (oder sogar Mitte-Links-Alternative) wird es wohl nur mittel- oder langfristig geben. Denn um nachhaltig zu bestehen, müsste dem ja die Bildung einer wirklichen Zivilgesellschaft vorausgehen, nicht das Erscheinen eines neuen Messias oder einer neuen Avantgarde. Die Mehrheit der oppositionellen Kräfte Nicaraguas scheinen dagegen heute nicht weiter als bis zur nächsten Wahl zu denken. Sie sind mehr damit beschäftigt sich Machtansprüche und Vorherrschaften gegenseitig streitig zu machen als damit, Bedingungen zu schaffen, um mit der noch immer vorherrschenden feudalen Logik der nicaraguanischen Politik zu brechen.

Wie lautet Ihre Prognose für die politischen Entwicklungen Nicaraguas? Welche Herausforderungen sind am wichtigsten und wird es möglich sein sie anzugehen?

WILLIAM: Das Land ist auf einem guten Weg. Das Entscheidende passiert im ländlichen Sektor, der sich in einen Wirtschaftsmotor verwandeln wird, um die Selbstversorgung zu erreichen und Nicaragua in einen Nahrungsmittelexporteur zu verwandeln, und durch wirtschaftliche und soziale Transformationen. Diese fünf Jahre der dritten sandinistischen Regierung werden den Übergang darstellen, damit die vierte Regierung der FSLN in der nächsten Periode mit eigener Kraft strukturel-



Foto: Sonja Lüdtke

▲ Einbahnstraße Die FSLN will noch mehr Macht



Foto: Falk Diederich

▲ **Sandino über Managua** Die Sandino-Statue trotz den Uneinigkeiten unter den SandinistInnen

le Veränderungen im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereich erzielt und die besten Bedingungen schaffen wird, um die wirtschaftliche Abhängigkeit zu beseitigen, breite institutionelle Partizipation der Bevölkerung zu schaffen und die Armut auf historischen Tiefstand zu bringen.

MARIA: Das strategische Anliegen Daniel Ortegas liegt in einer Verfassungsänderung, die seine Wiederwahl in 2011 ermöglicht oder das Präsidialsystem in ein seltsames und unausgegorenes parlamentarisches System umwandelt, um unbegrenzt als Ministerpräsident weiter regieren zu können. In der FSLN von heute heiligt das Ziel die Mittel und beim momentanen Kräfteverhältnis ist es gut möglich, dass Ortega dieses Ziel tatsächlich erreicht. Die Opposition setzt sich momentan aus vielen verschiedenen Interessengruppen zusammen, die hinter dem leeren Leitspruch der „Demokratie“ stehen und deren einzige Gemeinsamkeit es ist, „alle gegen Ortega“ zu sein. Ich glaube, dass eine Veränderung aus den Reihen der kritischen Sandinisten kommen kann, sowohl von außerhalb als auch innerhalb der FSLN, wobei letztere zunehmend

beunruhigt sind.

Eine politisch reife Opposition muss Veränderungen in zwei Richtungen schaffen: Zum einen muss es eine authentische Umverteilungspolitik geben, um die Armut zu überwinden, und zum anderen müssen die rechtstaatlichen Institutionen wieder „authentisch“ der Bevölkerung dienen. Ich glaube aber nicht, dass das auf kurze Sicht erreicht werden kann. Die aktuelle Generation von Politikern scheint mir dazu nicht in der Lage zu sein. Deshalb ist Bildung der einzige Weg: Den neuen Generationen muss ein zivilgesellschaftliches Bewusstsein vermittelt werden, und vor allem müssen die Frauen darin bestärkt werden, die großen tiefen Abgründe des Machismo zu überwinden, der sie marginalisiert. Denn in den Frauen steckt großes Potential für Veränderungen.

SOFIA: Wenn Ortega weiterhin die Legitimationskrise im Land unbeachtet lässt, dann wird das eine neue Spirale der Gewalt auslösen. Daher glaube ich, dass die wichtigste Herausforderung sein wird, diese Regierung mit friedlichen, zivilen und demokratischen Mitteln zu überwinden. Man darf ihnen nur mit ziviler Mobilisierung und internationalem Druck begegnen, um zu erreichen, dass die allgemeinen Freiheiten und Rechte der Bevölkerung gewahrt bleiben und Bedingungen geschaffen werden, um einen neuen nationalen Konsens zu finden.

ARTURO: Alles deutet darauf hin, dass sich die Situation in Nicaragua noch weiter verschlechtern muss bevor es wirkliche Verbesserungen geben kann. Kurzfristig ist es vielleicht die größte Herausforderung, das Recht auf Widerspruch und Kritik an den Mächtigen zu verteidigen und alternative Zukunftsvisionen für unser Land zu diskutieren. Darüber hinaus ist es in erster Linie wichtig mit der Polarisierung zu brechen, welche die Nicaraguaner schon viel zu lange dazu bringt sich für „das kleinere Übel“ zu entscheiden. Es werden zu viele Antworten von Seiten der Parteien oder der Führungspersonlichkeiten gesucht ohne daran zu denken, dass es einfach keinen Sinn macht von Demokratie zu sprechen, wenn es keine Zivilgesellschaft gibt. Dieses Defizit zu überwinden scheint mir die große Herausforderung in Nicaragua.

// Interview: Anna Schulte und Klaus Heß

NICARAGUA VON DER REVOLUTION BIS HEUTE – EINE CHRONIK

1979 // Unter Führung der 1961 gegründeten FSLN (Sandinistische Front der Nationalen Befreiung) wird im Juli die jahrzehntelange Diktatur der Somozas in einem Volksaufstand gestürzt. Am 17. Juli flieht Anastasio Somoza Debayle ins Ausland. Ein breites Bündnis von konservativen Kräften bis zur FSLN übernimmt die Regierung, wobei die FSLN bald tonangebend ist und sich die wichtigsten Machtpositionen sichert. // Zu den ersten Maßnahmen der neuen Regierung gehören die Enteignung des Besitzes der Familie Somoza, die Verstaatlichung der Banken und Minen, die Abschaffung der Todesstrafe, die Etablierung der Meinungsfreiheit, umfangreiche Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen sowie eine Agrarreform zu Gunsten landloser Bauern.

1980 // Der „Nationale Kreuzzug der Alphabetisierung“ (CNA) startet. Durch diese und weitere Kampagnen wird die Analphabetenrate bis 1985 von 50 auf 13 Prozent gesenkt. // Anastasio Somoza wird im September in Paraguay von einem Kommando der argentinischen Guerilla ERP getötet.

1981 // US-Präsident Ronald Reagan sperrt Darlehen Nicaraguas. Die CIA beginnt mit dem Aufbau der sogenannten Contra.

1982 // Mit logistischer und finanzieller Unterstützung durch die USA beginnt die Contra von Honduras und Costa Rica aus den bewaffneten Kampf gegen die sandinistische Regierung. Der Contra-Krieg kostet rund 30.000 Menschenleben und richtet die nicaraguanische Wirtschaft bis zum Jahr 1988 fast vollständig zu Grunde. // Wegen der wachsenden Zahl der Contra-Anschläge verhängt die Revolutionsregierung den Ausnahmezustand und führt die allgemeine Wehrpflicht ein. // Zwangsumsiedlung von 8.500 Miskito-Indianern durch die sandinistische Regierung. Sie müssen die atlantische Küstenregion verlassen und werden im Landesinneren neu angesiedelt.

1983 // Die erste westdeutsche Solidaritätsbrigade fliegt im Dezember nach Nicaragua, um bei der Kaffeenernte zu helfen. In den folgenden Jahren kommen zehntausende BrigadistInnen nach Nicaragua.

1984 // Erste Wahlen nach der Revolution. Mit 67 Prozent der Stimmen gewinnt der sandinistische Präsidentschaftskandidat Daniel Ortega die Wahlen. // Die CIA vermint die wichtigsten Häfen Nicaraguas. // Die Bundesrepublik Deutschland friert ihre Entwicklungshilfe für Nicaragua ein.

1985 // Die USA verhängen ein vollständiges Handelsembargo. // Die DDR baut in Managua das Krankenhaus „Carlos Marx“ und kommt in der Folge für den Betrieb auf.

1986 // Die USA werden vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu Schadensersatz in Milliardenhöhe verurteilt, den sie allerdings niemals zahlen.

1988 // Die Wirtschaft gerät immer stärker in die Krise. Die Inflationsrate steigt auf bis zu 36.000 Prozent. // Die sandinistische Regierung nimmt Verhandlungen mit der Contra auf. Das Abkommen von Sapoa bringt schließlich einen Waffenstillstand zwischen Regierung und Contra.

1990 // Die FSLN verliert überraschend die Wahlen im Februar. Die Kandidatin der „Unión Nacional Opositora“ (UNO), Violeta Barrios de Chamorro, wird mit 55 Prozent der Stimmen zur Präsidentin gewählt. Sie steht einem äußerst heterogenen Bündnis von 14 konservativen und antisandinistischen Parteien vor. // In der sogenannten Piñata sichern sandinistische Kader ihre eigenen sowie die Pfründe der FSLN. // Der Sandinist Humberto Ortega, bis zu den Wahlen Verteidigungsminister, wird Oberster Befehlshaber der Armee, womit sich Präsidentin Chamorro deren Loyalität sichert. // Die neue Regierung beschließt ein umfassendes Stabilisierungs- und Sparprogramm: Die Wäh- rung wird abgewertet, der Staatsapparat verkleinert, soziale Einrichtungen werden geschlossen, das Gesundheitssystem privatisiert, Schulgeld erhoben, die Agrarreform teilweise rückgängig gemacht und in den 1980er Jahren verstaatlichte Betriebe größtenteils wieder privatisiert.

1991 // Die Entwaffnung der Contra ist offiziell beendet. // Es gibt zahlreiche Streiks gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Sandinisten und Regierung lähmen sich gegenseitig.

1993 // Kredite der OPEC und des IWF helfen, eine drohende wirtschaftliche Krise abzuwenden.

1994 // Beim Kongress der FSLN zeigt sich deutlich die interne Zerstrittenheit der Partei. Die „demokratische Linke“ um Daniel Ortega und Tomás Borge setzt sich klar gegen die sogenannten „Erneuerer“ um Sergio Ramírez durch.

1995 // Die „Sandinistische Erneuerungsbewegung“ (MRS) unter Führung des ehemaligen Vizepräsidenten Sergio Ramírez und der Comandante Dora María Tellez entsteht.

1996 // Der Liberale Arnoldo Alemán wird Präsident. // Auf Kosten der innerparteilichen Demokratie baut Daniel Ortega seine Vormachtstellung in der FSLN immer weiter aus.

1998 // Zoilamérica Narváez, die Stieftochter von Daniel Ortega, beschuldigt diesen öffentlich, sie jahrelang sexuell missbraucht zu haben. Ortega genießt Immunität, es werden keine Ermittlungen gegen ihn aufgenommen. // Der Hurrikan Mitch richtet in Nicaragua schwere Zerstörungen an. Präsident Alemán bereichert sich an internationalen Hilfsgeldern.

1999 // Daniel Ortega schließt mit dem Parteichef der Liberalen Partei PLC, Arnoldo Alemán, einen Pakt, der FSLN und PLC langfristig die Macht in Nicaragua sichern soll. Alle wichtigen staatlichen Institutionen werden zwischen den beiden Parteien aufgeteilt.

2001 // Der Liberale Enrique Bolaños wird zum Präsidenten gewählt.

2003 // Die Immunität des ehemaligen Präsidenten Alemán wird aufgehoben. Er wird wegen massiver Korruption inhaftiert und zu einer 20-jährigen Haftstrafe verurteilt, die allerdings nach 20 Tagen Haft in einen Hausarrest umgewandelt wird.

2006 // Im April tritt das Zentralamerikanische Freihandelsabkommen mit den USA (CAFTA) für Nicaragua in Kraft. Vorher hat im Parlament auch die FSLN dem Abkommen zugestimmt. // Mit Unterstützung der FSLN wird das Abtreibungsrecht verschärft. Nun ist Abtreibung unter allen Umständen, also auch im Falle der Bedrohung des Lebens der Mutter, verboten. // Daniel Ortega von der FSLN wird im November zum Präsidenten gewählt.

2007 // Unter der Regierung Ortega werden die politischen Kontakte zu Venezuela und Kuba wichtiger. Der venezolanische Präsident Hugo Chávez gewährt umfangreiche Wirtschaftshilfe in Höhe von 520 Millionen US-Dollar jährlich. Damit werden unter anderem ambitionierte Sozialprogramme wie „Cero hambre“ (Null Hunger) bezahlt. Das Geld wird jedoch intransparent und am Parlament vorbei ausgegeben, obwohl es sich bei diesen Hilfen zur Hälfte um einen Kredit handelt, der in 25 Jahren aus dem Staatshaushalt zurückgezahlt werden muss.

2008 // Der von FSLN und Liberalen dominierte Oberste Wahlrat schließt die Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS) und die Konservative Partei von den Kommunalwahlen aus. // Der Streit zwischen Frauenbewegung sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen und der FSLN-Regierung nimmt an Schärfe zu. // Bei den Kommunalwahlen im November kommt es zu massiven Manipulationen. Unabhängige WahlbeobachterInnen sind nicht zugelassen. Zahlreiche BeobachterInnen sprechen von Wahlfälschung seitens der FSLN, die offiziell in etwa 70 Prozent der Gemeinden gewinnt. Nach den Wahlen kommt es zu teils gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen AnhängerInnen der FSLN und der Opposition.

2009 // Das Oberste Verfassungsgericht, dessen RichterInnen allesamt von PLC und FSLN nominiert wurden, hebt im Januar die Verurteilung Arnoldo Alemáns wegen Korruption „aus Mangel an Beweisen“ auf.

Zusammengestellt von
// Armin Massing und Michael Krämer



SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN FRONTEN

NICARAGUA AUS DER PERSPEKTIVE EINES BESÜCHERS



Eindrücke aus Nicaragua zum 30. Jahrestag der Revolution. Von der Feier der sandinistischen Befreiungsfront, der Kritik der Frauenorganisationen und der Loyalität der Landbevölkerung.

Managua ist eine wirklich seltsame Stadt. Tankstellen, Einkaufszentren und Banken sind die wichtigsten Orientierungspunkte, Straßennamen gibt es nicht. Die Häuser sind meist einstöckig und weil es kein Stadtzentrum gibt, hat man immer das Gefühl noch in einem Außenbezirk zu sein. Die Millionenstadt Managua wirkt einen Tag vor den Revolutionsfeiern friedlich und verschlafen. Dies ist mein erster Eindruck dieser Metropole, die ich irgendwie anders in Erinnerung hatte: gewalttätiger, chaotischer, gefährlicher. Ich spüre trotz der ständigen Warnungen der Taxifahrer nur wenig Unbehagen. Auch sehe ich fast keine Straßenkinder und nicht einmal fliegende Händler und nur sehr wenig Polizei. Im Stadtbild fallen mir die vielen schwarz-roten Fahnen auf, sie schmücken die einfachen Häuser, die Regierungsgebäude, Autos, Fahrräder und Busse. Auf vielen Plätzen sind Schmuckbäume aufgestellt. Von großen Plakatwänden grinst mich Daniel Ortega an, daneben irgendein nichtssagender Slogan. Morgen ist der 30. Geburtstag der sandinistischen Revolution. Es ist der Beginn einer dreiwöchigen Reise unserer Delegation durch Nicaragua, um hier VertreterInnen der sozialen Bewegung und der kritischen Zivilgesellschaft zu treffen. Wir alle hoffen, danach die politische Entwicklung im Land besser beurteilen zu können. In diesem Land das nun die zweite Etappe seiner Revolution verkündet.

Als der bewaffnete Aufstand der sandinistischen Befreiungsfront vor 30 Jahren die verhasste Somoza-Diktatur stürzte, begann eine Zeit des sozialen Aufbruchs. Es gab viel Gestaltungsspielraum für die jungen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Frauenorganisationen und LandarbeiterInnenkomitees. Mit der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Landverteilung an arme Kleinbauern schuf die FSLN (Sandinistische Befreiungsfront) die Basis für eine solidarische Ökonomie und für Ernährungssicherheit. Mit einer neuen Verfassung wurde das Fundament für partizipative Demokratie

◀ **Managua am 19. Juli**
RegierungsanhängerInnen fahren zu den Festlichkeiten

gesetzt, dem Klientelismus wurde der Kampf an-
gesagt. Doch schon eine Dekade später war das
sandinistische Experiment am Ende. Natürlich hat-
te es auch interne Spannungen gegeben, falsche
Politiken und Korruption. Doch das Land war in
erster Linie durch die wirtschaftliche Blockade und
den Kontrarkrieg ausgeblutet. Am 25. Februar 1990
verloren die SandinistInnen die Wahlen gegen die
Kandidatin des rechten Lagers. Es dauerte 17 Jah-
re bis die FSLN erneut die Regierung übernahm
– Daniel Ortega ist wieder Präsident.

Und seine Regierung ist es, die nun die Feierlichkei-
ten zum 30. Jahrestag ausrichtet. Am 19. Juli ver-
sammeln sich die bierseeligen Massen an der Plaza
Juan XXIII mit ihren abertausenden schwarz-roten
Fahnen. Aus dem ganzen Land kommen die Busse
nach Managua, im Schrittempo steuert der endlose
Konvoi der FSLN-AnhängerInnen zum Platz mit der
Haupttribüne. Dort wird Rum ausgeschenkt und die
Erfolge der Revolution gefeiert, während das Prä-
sidentenpaar von der Tribüne aus für Unterhaltung
sorgt. Doch die offizielle Jubelveranstaltung spiegelt
eindrücklich den eigentlichen Zustand der Partei
wider: Präsident Ortega und seine Ehefrau Rosario

.....
Das totale Abtreibungsverbot führte
zum endgültigen Bruch mit den sozialen
Bewegungen.
.....

Murillo stehen allein vor dem Heer ihrer Anhängere-
Innen. Viele Parteigrößen und Veteranen der Revo-
lution wurden seit den 1990er Jahren aus der Partei
gedrängt, andere haben ihr den Rücken gekehrt:
enttäuscht, resigniert oder wütend über Niederla-
gen und manchen Verrat. Wir sind an diesem Tag
mit AktivistInnen eines sozialen Netzwerkes verab-
redet. Auch sie wollen feiern, doch tun sie dies an
einem kleinen Platz etwas abseits des Spektakels
und getrennt von den Massen. Musik spielt, man
sitzt zusammen in kleinen Gruppen und lässt in den
Gesprächen die Revolution Revue passieren .

Als 1990 die Ära der Revolution endete, versuch-
ten soziale Organisationen und Parteistrukturen
der sandinistischen Bewegung vor dem Hinter-
grund eines Staates, der die sozialen Rechte nicht
länger garantierte, die neoliberalen Jahre irgend-
wie zu überleben. Die FSLN arrangierte sich mit
ihrer Rolle als Wahlverein. Sie kämpfte um Stim-
men und Mehrheiten, mit dem Ziel, Pfründe und

die eigene Macht zu sichern. Doch verlor sie ihre
Anziehungskraft für ein gesellschaftlich emanzipa-
torisches Projekt. Auf der anderen Seite emanzi-
pierten sich viele ehemals FSLN treue Gruppen.
Sie organisierten sich selbst und begannen in
autonomen Netzwerkstrukturen, Basisinitiativen
und Nichtregierungsorganisationen (NRO) für die
Durchsetzung der sozialen und politischen Rechte
zu kämpfen. Der Bruch zwischen FSLN und zivil-
gesellschaftlichen Basisorganisationen bahnte sich
bereits seit Mitte der 1990er Jahre an. Der Pakt
mit dem Korruptionsverbrecher und Führer der li-
beralen Partei Arnaldo Alemán und das Anbieten
der FSLN an die erzkonservative Kirche ließ das
historische Bündnis schließlich brechen.

Machtpolitisch sollte Ortega Recht behalten. Sei-
ne Wahl zum Präsidenten im Jahr 2006 hatte er
nicht aus der Kraft seiner AnhängerInnen und Par-
teiprogrammatik geschafft. Die FSLN konnte seit
1990 nie wieder die Mehrheit der Wahlbevölkerung
hinter sich versammeln. Dass Ortega 2006 mit 38
Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang die Prä-
sidentschaftswahlen gewinnen konnte, wurde nur
dank einer vorhergegangenen Wahlreform und der
Uneinigkeit im liberalen Lager möglich. Doch die-
se Machtpolitik forderte ihren Tribut. Kurz vor der
Wahl gab die FSLN ihre Zustimmung zum Gesetz
des absoluten Abtreibungsverbot, um die Unter-
stützung durch die einst verhasste erzkonservative
Kirche zu erlangen und diese als Wahlkampfhelfe-
rin einzuspannen. Dies war wohl der Moment, in
dem der Bruch mit den sozialen Bewegungen am
stärksten deutlich wurde. Als die Entscheidung
zum Verbot des therapeutischen Schwanger-
schaftsabbruchs fiel, riefen die unabhängigen Fra-
uenorganisationen zum Protest und Widerstand auf
und gingen gegen das Gesetz auf die Straße. Doch
dann brach die Frauenbewegung an einer zentralen
politischen Frage auseinander.

Der Zusammenschluss der Autonomen Frauen-
bewegung (MAM) hatte sich im Wahlkampf der
Kommunalwahlen Ende 2008 auf eine strategische
Allianz mit der oppositionellen sandinistischen Er-
neuerungsbewegung (MRS) eingelassen, da diese
als einzige Partei die geforderten Frauenrechte zu-
sammen mit dem Recht auf Abtreibung zusicherte.
Teile des MAM gingen diesen Weg jedoch nicht mit
und gründeten das *Movimiento Feminista*, das sich
zusammen mit dem Netzwerk gegen die Gewalt
gegen Frauen auf parteiunabhängige Basis- und
politische Kampagnenarbeit beschränkte (siehe

Artikel zur Frauenbewegung in Nicaragua in dieser Ausgabe). Die Frauen des *Movimiento Feminista* erklären uns, es sei falsch sich als Frauenbewegung dem Mächtenspiel der politischen Parteien unterzuordnen. In ihren zentralen Fragen vertreten sie zwar die gleiche Position: Um jeden Preis muss das menschenverachtende Abtreibungsgesetz zurückgenommen werden. Aber die Spaltung der Frauenbewegung hat sie geschwächt. Der Schulterschluss des MAM mit der Opposition hatte Konsequenzen, die FSLN reagierte mit Repression gegen die Frauen, es kam zu Hausdurchsuchungen und zu einer Hetzkampagne in den Medien.

Es sind insbesondere aufgeklärte bürgerliche Kräfte, die die aktuelle Situation im Land mit Sorgen erfüllt. Sie sehen einen zunehmenden Abbau demokratischer Rechte und ein zunehmend autoritäres Regime. Unter der Landbevölkerung hingegen gelingt es der FSLN die eigene Basis und Unterstützung auszubauen. Dort findet man deutlich mehr FürsprecherInnen der Regierung. Das mag daran liegen, dass Demokratie und Bürgerrechte ein sehr theoretisches Konzept darstellen, wenn man noch nie das Gefühl hatte, dass eine Regierung sich für die eigenen Interessen stark machte. Zwei Jahrzehnte lang ging es in der Peripherie bergab, der Überlebensbedarf war Jahr für Jahr schwerer zu organisieren. Zum ersten Mal seit sehr langer Zeit gibt es wieder eine an die Landbevölkerung gerichtete

Politik einer nicaraguanischen Regierung. Und die Menschen auf dem Land danken es ihr. Hier ist die Zustimmung zur Regierung deutlich höher, und die Bedenken hinsichtlich der undemokratischen Anwendungen Ortegas sind gering.

Und so überrascht es nicht, dass uns VertreterInnen verschiedener sozialer Organisationen auf dem Land berichten, dass es trotz aller Widersprüche zu einem Wandel in der Politik gekommen sei: Die FSLN hat nach ihrer Regierungsübernahme die kostenlose Schulbildung und Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung zurückgebracht. Gleichzeitig begann sie mit Geldern aus dem venezolanischen ALBA-Programm Straßenbauprojekte und eine Verbesserung der Energieversorgung umzusetzen. Hinzu kommt die Realisierung eines „Null-Hunger-Programms“, das aus einer trächtigen Kuh oder einem Schwein, zehn Hühnern, einem Hahn und etwas Baumaterial besteht. Das Programm sei zwar eine gute Idee, wird uns versichert. Jedoch scheitert die Umsetzung kläglich: Mit dem Programm werde Klientelwirtschaft betrieben und allgemein greife es zu kurz, weil keine ausreichenden Bildungs- und Begleitprogramme existieren und die Nachhaltigkeit in Frage stehe.

Regierungskritische NRO erklären uns, dass die FSLN mit ihren finanziellen Ressourcen reine Klientelpolitik betreiben würde. So drohe das „Null-Hunger-Programm“ die Bemühungen, der auf



▲ Die einen SandinistInnen...

Rescate will einen Sandinismus fernab der FSLN

◀ ...und die andere SandinistInnen

Die Basis der FSLN feiert ihre revolutionäre Regierung

Selbstorganisation, Autonomie und Selbstbestimmung gerichteten unabhängigen Selbstversorgerprojekte zunichte zu machen (siehe Interview mit vier JournalistInnen in dieser Ausgabe). Zudem werde die Verteilung der Zuwendungen von neu eingeführten Bürgerräten beschlossen, die kritische Stimmen in ihren Reihen nicht zuließen und sich ganz auf Parteilinie befänden. Diese Bürgerräte (*Consejos de Participación Ciudadana – CPC*) dienen als Entscheidungs- und Verteilungsgremien auf Bezirksebene, werden von den Parteistrukturen der FSLN kontrolliert und mit finanziellen Mitteln versorgt. Sie ersetzen zum Teil parallel existierende Strukturen wie offene kommunale partizipative Haushalte, die gut funktionierten, aber parteiunabhängig waren. Präsident Ortega hat erklärt, die zweite Etappe der Revolution sei nun im Gange. Doch sie hat nichts mehr gemein mit der Zeit zwischen 1979 und 1989. Damals war die FSLN Teil einer vielfältigen Basisbewegung. Heute ist sie ein vertikal strukturierter Machtapparat, an dessen Spitze neben Daniel Ortega und seiner Frau

.....
Statt Basisbewegungen einzubinden versucht die Regierung die kritische Zivilgesellschaft zu kontrollieren.
.....

Rosario Murillo eine kleine Gruppe mächtiger und überwiegend männlicher Genossen steht. Statt die Basisbewegungen in ein partizipatives Projekt einzubinden, versucht man die kritische Zivilgesellschaft unter Kontrolle zu kriegen. Immer wieder berichten uns unsere Gesprächspartner, dass die FSLN versucht ihre Mitgliederbasis offensiv und aggressiv auszubauen: Auf eine Million Mitglieder soll die Partei angeblich angewachsen sein. Durch ihre Verteilungsprogramme und die neuen Bürgerräte baut sich die Regierung eine breite Basis auf, die bereit ist, sich den Parteistrukturen unterzuordnen. Gleichzeitig verdrängt sie die unabhängigen und kritischen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Macht- und Entscheidungszentren, indem sie repressiv Druck ausübt, versucht die Basis abzugraben oder die geltenden Spielregeln des demokratischen Miteinanders zu verändern. Ein Gesetzesvorhaben, das den internationalen NRO Einschränkungen in ihren Handlungsspielräumen verpassen soll, ist auf den Weg gebracht. Die unaufgeregte Stimmung der ersten Tage ver-

fliegt im Verlauf unserer Reise zunehmend. Ich teile die Positionen, mit denen wir konfrontiert werden nicht immer. Trotz aller berechtigten Regierungskritik ärgert es mich, wenn RegierungsgegnerInnen von einer neuen Diktatur sprechen. Für mich ist der Begriff der Diktatur in Mittelamerika untrennbar verbunden mit illegalen Massenverhaftungen, Bombenanschlägen, Entführungen und Folterkellern. Die FSLN ist trotz allem weit entfernt von der Brutalität einer solchen Diktatur. Die Ortega-GegnerInnen haben für ihre Ablehnung der Regierung und ihres autoritären Politikstils gute Gründe und bessere Argumente als die „Diktaturkeule.“ Umgekehrt ist die Ausgrenzungsstrategie der FSLN nach dem Motto „wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ keine Basis für eine politische Auseinandersetzung. Die Debatte driftet ab und endet in einer Beliebigkeit der Begrifflichkeiten, die niemandem weiterhilft. Die soziale Bewegung ist gespalten. Und die Frage bleibt offen im Raum stehen, ob eine gesellschaftliche Alternative zum neoliberalen Kapitalismus ohne die FSLN durchsetzbar sein wird.

Am Ende meiner Reise steht eine letzte Fahrt quer durch die Stadt. Ich werde von einem Sammeltaxi aufgelesen, das mich zum Flughafen bringt. Den Fahrer schätze ich auf Mitte 50, neben ihm sitzt eine junge Frau, die mit zwei Säcken Reis stadtauswärts möchte. Wir kommen schnell ins Gespräch. Ich berichte von meinen Eindrücken und frage meine Mitreisenden nach ihrer Position. Der Fahrer erzählt, dass er nicht in der FSLN ist und um nichts in der Welt mit ihr zu tun haben will. Dann ergänzt er, dass die Mächtigen die Menschen betrügen, ganz egal welcher Partei sie angehören. Doch die junge Frau widerspricht. Ja, auch diese Regierung mache Fehler, doch es sei nicht alles schlecht. Zum ersten Mal stünden die Armen im Mittelpunkt und es müsse doch darum gehen, ein besseres Leben für die Menschen zu schaffen. Doch das schaffe keine Regierung alleine, dafür müssten wir alle gemeinsam kämpfen. Schweigend fahren wir das letzte Stück des Weges. Über die Worte der beiden denke ich noch eine Weile nach. Auf unserer Reise haben wir mit vielen engagierten Menschen gesprochen und beeindruckende Projekte besucht. Auch wenn vieles im Argen liegt: Unsere Solidarität muss weiterhin den Menschen an der Basis gelten, im Ringen um soziale, politische und wirtschaftliche Emanzipation.

// Kristofer Lengert

ZWISCHEN TRADITIONALISMUS UND MIGRATIONSTRÄUMEN

EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE HEUTIGEN JUGENDBEWEGUNGEN IN NICARAGUA

Bei der Frage nach der derzeit wichtigsten Jugendbewegung in Nicaragua lautet die Antwort immer noch: Die über die Grenze. Denn die Migration in die reicheren Nachbarländer, nach Spanien oder in die USA ist nach wie vor die größte Hoffnung bei nicaraguanischen Jugendlichen. Entsprechend starken Einfluss hat die Migration daher auch auf die Kultur der Jugendlichen im Land. Durch populäre hispano-amerikanische Musikgruppen wie Wisin & Yandel aus Puerto Rico oder Aventura aus New York, sehen viele nicaraguanische Jugendliche ihr Lebensgefühl repräsentiert.

Jenseits der Migration sieht Asucena Castillo, Direktorin des Radiosenders Radio Universidad, in der wirtschaftspolitischen Ideologie der letzten Jahrzehnte einen zentralen kulturellen Einflussfaktor. „Wenn der Neoliberalismus in Nicaragua einen Sieg

.....
Die FSLN von heute nimmt er nicht als einladendes Angebot wahr.
.....

errungen hat, dann ist es der, den Konsumismus und Individualismus in unserer Kultur zu verankern“, erklärt sie. Diese erstreckten sich nicht nur auf die Mittel- und Oberschicht, sondern auf die ganze Gesellschaft, einschließlich der Jugend. Ähnlich sieht das Memo Villano: „Das Lebensgefühl der Revolution, gemeinsam aus den vorhandenen Mitteln das Beste zu machen, ist heute abhanden gekommen“, beklagt der Grafikdesigner und Künstler aus Managua. Die FSLN heute nimmt er nicht als einladendes Angebot wahr: Zuviel werde vorgegeben, es gebe keinen Platz für Diskussionen. Überhaupt seien die Spielräume, sich zu begegnen, zu diskutieren und auszuprobieren für die Jugend sehr beschränkt und auch der Bedarf sei gering, „weil die meisten Politik mittlerweile mit etwas Schmutzigem assoziieren.“ Zulauf hätten dagegen die evangelikalen Kirchen, die dafür plädierten, sich aus der Politik herauszuhalten.

Trotzdem, so der Journalist und Kultur-Aktivist Adolfo „Fito“ Taleno, sei in Nicaragua bei weitem nicht soviel kulturelle Eigenständigkeit verloren gegangen wie in den Nachbarländern oder in Europa: „Die McDonald’s-Kultur hat hier kaum Fuß gefasst, genauso wenig wie die Jugendbanden, die in Honduras und El Salvador starken Einfluss auf die Jugendkultur haben. Klassisches politisches Engagement, so wie früher, gibt es heute wenig, aber viele, die ihre eigenen Aktivitäten entwickeln, zum Beispiel Musik- oder Tanzgruppen gründen. Da dreht sich das meiste um Reggaeton, den ja auch die Medien vorzugsweise präsentieren, aber auch traditionelle Folklore findet wieder mehr Anklang.“

Ein weiterer Bereich, in dem sich Jugendliche aus eigener Motivation engagieren, ist der Umweltschutz. Gruppen wie der Club der jugendlichen UmweltschützerInnen und Rock Nica Ecológico arbeiten mittlerweile landesweit. Sie führen Kampagnen für Umweltbewusstsein in Schulen durch und organisieren gemeinsame Aktivitäten, bei denen sie Hänge aufforsten und Flüsse von Müll reinigen. Taleno sieht darin eine Art, sich sozial zu betätigen, ohne zu sehr mit den unbeliebten Parteien in Kontakt treten zu müssen.

Anderen Bewegungen geht es hingegen genau darum, wenn auch bisweilen als Reibungsfläche. So hat in jüngster Zeit die Organisation Nationale Jugendbewegung (MJN) von sich reden gemacht, die in Managua fantasievolle Protestaktionen durchführt, die sich vor allem gegen den Machtmissbrauch der Ortega-Regierung richten. Ihre zentrale Forderung ist die völlige Neubildung des stark korruptionsverdächtigen Obersten Wahlrats. Auch wenn die Organisation Wert darauf legt, parteiunabhängig zu sein, sind ihre Aktionen immer wieder Ziel FSLN-treuer Schlägertrupps. AktivistInnen der MJN erklären sich die politische Abstinenz ihrer AltersgenossInnen mittlerweile auch mit der Angst, verprügelt zu werden. Die Präsenz in den größtenteils oppositionellen Medien ist der relativ

kleinen Gruppe jedoch sicher. Zudem hat die regierungskritische linke Jugend, zu der sich auch die MJN rechnet, in dem Musiker Perrozompopo ein prominentes Sprachrohr gefunden.

Doch Nicaraguas größte Jugendorganisation ist nach wie vor die Juventud Sandinista, der Jugendverband der FSLN. Auch wenn dessen agitatorischer Stil eher altbacken wirkt, beteiligen sich viele Jugendliche an den Wahlkämpfen der FSLN, an der landesweiten Alphabetisierungskampagne und den Massenmobilisierungen. Die Symbole und Musik der Revolution und der lateinamerikanischen Linken sind heute in Nicaragua auch in Jugendkreisen weitaus präsenter

als noch in den 1990er Jahren. Aus denselben Kreisen rekrutieren sich allerdings auch die Schlägertrupps, die in Managua FSLN-kritische Demonstrationen und Proteste angreifen. Kulturaktivist Fito Taleno sieht das Hauptproblem für eine weitergehende Partizipation der Jugendlichen in der mangelnden Kommunikationsarbeit der Regierung: „Die Regierung unternimmt ihre Anstrengungen, macht sich aber bei den Leuten unbeliebt. Sie müsste versuchen, die Leute stärker einzubinden, sich so zu öffnen, dass die Leute Lust haben mitzumachen und sich als Teil eines gemeinsamen Projekts zu fühlen.“

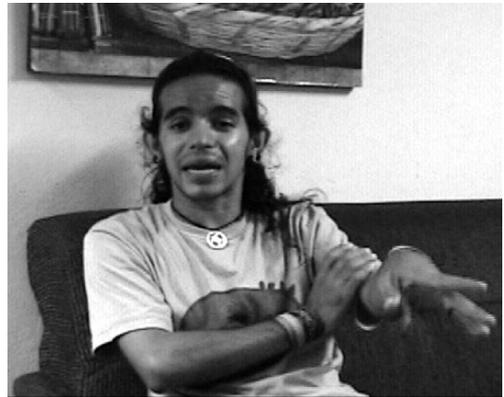
// Andrés Schmidt

Adolfo „Fito“ Taleno Mejia

ist heute 31 Jahre alt und beteiligt sich an verschiedenen sozialen Bewegungen, die der Studentenbewegung nahestehen. Er ist ausgebildeter Soziologe und arbeitet als Journalist beim Radiosender der linksliberalen Universität UCA in Managua.

Trotz seiner journalistischen Arbeit sieht sich Fito vor allem als Kommunikator: „Meine Leidenschaft ist, die Leute dazu anzuregen, einander zu begegnen, ob über das Radio oder ohne.“ Besonders wichtig ist Fito dabei, dass die NicaraguanerInnen ihre eigene Kultur hoch halten, die traditionellen Lieder und Tänze samt der Inhalte, die darüber tradiert werden. In diesem Zusammenhang liegen ihm besonders die ländliche Kultur und die Wertschätzung des ländlichen Raums generell am Herzen. Fito erkennt in Nicaragua eine im Vergleich zu den Nachbarländern noch relativ starke kulturelle Eigenständigkeit. „Ein Umstand, den wir vielleicht der Revolution verdanken“, meint er. Diese eigenständige Kultur zu fördern, ist auch Sinn des jährlichen Victor-Jara-Kulturfestivals in Managua und weiterer Kulturveranstaltungen, die Fito mitorganisiert.

Neben seiner kulturellen Arbeit ist Fito Aktivist in der Bewegung „Eine andere Welt ist möglich.“ Diese parteiunabhängige Organisation versucht sozialen und politischen Themen Öffentlichkeit zu verschaffen, derzeit vor allem mit Aktivitäten zur Unterstützung des Widerstands gegen den Staatsstreich in Honduras. Politisch sozialisiert wurde Fito durch seine Mutter, die in ihrem Stadtviertel die Koordinatorin der CDS (so genannte Komitees zur



Verteidigung des Sandinismus; Anm. d. Red.) war. „So wurde ich von klein auf mit den Gesundheitsbrigaden, der politischen Arbeit aber auch dem Contra-Krieg vertraut“, erzählt er. Später habe er sich einer katholischen Jugendgruppe in seinem Viertel angeschlossen, mit der sie auf dem Land Aufbauarbeit geleistet hätten: „Dadurch habe ich die Lage der Bauern kennen gelernt und auch ihren Glauben, ihre Kultur und Tradition.“

Geprägt habe ihn auch die internationale Solidarität, die Nicaragua damals erfahren hat. Fito erinnert sich gern an die Menschen aus Argentinien, Brasilien, Deutschland und Polen, die halfen, in seinem Viertel das Nachbarschaftshaus aufzubauen. „Die Erfahrung, freiwillig gemeinsam an einer Sache zu arbeiten, die deinen Traum mit Leben füllt, hat mich zu der Arbeit motiviert, die ich heute mache.“

// Andrés Schmidt

Memo

ist 30 Jahre alt und arbeitet mit Touristengruppen. Er ist das neunte Kind von elf Geschwistern, seine Eltern kommen vom Land und sind dann nach Managua gezogen.

Er hat vier Jahre Graphik-Design studiert – ohne Abschluss, weil gegen Ende mehr Marketing als Kunst Thema war –, und dann an der Uni einen Abendkurs in Englisch belegt. Inzwischen betreut Memo Touristengruppen und will sich mit der Idee selbständig machen, Angebote zusammenzustellen, durch die TouristInnen die soziale, historische und kulturelle Realität seines Landes kennen lernen können.

Den Beginn der Revolution hat er nicht bewusst erlebt, weil er erst 1979 – im Jahr der Revolution – geboren wurde. Seine Geschwister waren aber in den Gesundheits- und Impfkampagnen engagiert und sein Vater war Mitglied einer Kooperative. Memo kann sich noch erinnern, dass es damals eine unglaubliche Energie im Lande gab und dass die Leute sich bei vielen Aktivitäten beteiligt haben. Trotz der ewigen Krise hätten die Leute gelacht, sie seien mit Begeisterung die „Architekten ihrer eigenen Zukunft“

Die Ideen von Sandino seien nach wie vor gut, „jetzt müssen wir sie zurückerobern.“

gewesen. Er denkt an die Versammlungen, in denen diskutiert wurde. „Demokratie ist mehr als die Demokratie der 1990er Jahre. Die Freiräume, zu diskutieren und offen seine Meinung zu sagen, hat die Revolution geschaffen. Die Zeitungen heute kritisieren nur, sie schlagen nichts Neues vor“, meint Memo. Er möchte sich die Revolution nicht stehlen lassen. Laut Memo denken die LandarbeiterInnen und die armen Leute, die FSLN sei heute noch so revolutionär wie in den 1980ern, aber es sei unklar, woher das Geld komme und es werde paternalistisch verteilt. Er kritisiert, dass es nicht mehr die demokratische Kultur wie in den 1980ern gebe, stattdessen werde vorgegeben, was zu denken sei. Auch die Freiräume, um Underground und neue Kultur auszuprobieren, seien sehr klein. Ei-



Foto: Ulla Sparrer

ne der wenigen Ausnahmen sei das Espacio Sur – ein Club, der einem Sohn von Ortega gehören soll – wo viele Rockgruppen mit regierungskritischen Texten aufträten. Auch das Internet spiele nicht die große Rolle, da nur eine reduzierte Anzahl von städtischen Jugendlichen Zugang habe. Zudem werde das Netz kaum für politische Diskussionen genutzt. Die Jugendlichen seien oft desillusioniert, meint Memo.

Er selbst ist der Meinung, dass man die Straße nicht den Parteigängern überlassen dürfe, aber bei einer Demonstration nach den Kommunalwahlen habe es sehr viel Aggression gegeben. Memo kritisiert, dass die heutige FSLN gegenüber den alten GegenerInnen zu sehr auf Versöhnung setze, während sie die alten MitstreiterInnen oft als Feinde behandle. Allerdings sieht er auch die oppositionelle Sandinistische Oppositionspartei MRS kritisch. Sie sei nur eine kleine, eher elitäre Kraft, die die Armen nicht erreiche. Einer politischen Gruppe könnte er sich heute nicht anschließen.

Trotz aller Probleme lebt Memo gerne in Nicaragua: „Ich liebe mein Land – wir feiern immer, wir feiern, wenn wir traurig sind, wenn wir fröhlich sind oder wenn wir ärgerlich sind. Selbst bei einer Beerdigung werden Karten gespielt. Die Menschen sind füreinander da, alle in der Familie und die Nachbarn kümmern sich um die Kinder. Die sind niemals alleine. In den USA ist das anders.“ Die Ideen von Sandino seien nach wie vor gut, „jetzt müssen wir sie zurückerobern.“

// Ulla Sparrer



GESPALTEN ABER UNGEBROCHEN

DIE REGIERUNG GEHT REPRESSIV GEGEN EINE STARKE FRAUENBEWEGUNG VOR

Ihr Aufstieg begann schon bald nach der Revolution 1979, und bis zur Abwahl der sandinistischen Regierung 1990 war die Frauenorganisation AMNLAE eine wichtige Massenorganisation, die allerdings von der Sandinistische Befreiungsfront FSLN gesteuert wurde. Ab Mitte der 80er Jahre jedoch kümmerte sich AMNLAE vor allem um Mütter, deren Söhne zum Militärdienst eingezogen worden waren, und wurde eine Art Transmissionsriemen zwischen der Regierung und der weiblichen Bevölkerung. Andere „Frauenthemen“ wie etwa Gewalt gegen Frauen und Vergewaltigungen gerade auch in Zeiten des Krieges durften daher nicht thematisiert werden.

Viele Frauen in der AMNLAE waren aus diesem Grund in ständiger Auseinandersetzung mit der Partei. Mitte der 1980er Jahre gründeten die ersten Frauen unabhängige Gruppen. Zum einen, weil sich viele Frauen weigerten, den vertikalen Führungsstil der FSLN und eben auch von AMNLAE weiterhin zu akzeptieren. Zum anderen gab es unterschiedliche Konzepte über frauenspezifische Probleme. AMNLAE und die FSLN kämpften vor allem gegen die wirtschaftliche Benachteiligung von Frauen – eine Ungleichheit, die sich auflösen würde, sobald die Revolution fortgeschritten wäre. Die autonomen Frauen kritisierten den vorherrschenden kulturellen Machismo und das Patriarchat und griffen frauenspezifische Themen auf, vor allem die Gewalt gegen Frauen. Damals wie heute sind die meisten Frauen in ihren Familien häuslicher Gewalt ausgesetzt, ihre sexuellen und reproduktiven Rechte werden verletzt. Die autonomen Frauengruppen schufen Frauenhäuser als Zufluchtsorte, entwickelten alternative Konzepte zur Gesundheitsversorgung für Frauen unter starker Berücksichtigung der Prävention und schufen Orte für feministische Bildungs- und Kulturarbeit. Dabei wurden durchaus auch Männer einbezogen, um einen gendersensiblen Blickwinkel in die politische Arbeit zu integrieren.

So wurden neue Arbeitsbereiche geschaffen, zugleich verliefen aber auch tiefe Gräben zwischen den beteiligten Frauengruppen. Eine weitere Spaltung fand nach der Anklage von Zoilamérica Narváez gegen Daniel Ortega 1998 statt. Die Tochter Rosario Murillos klagte damals ihren Stiefvater Daniel Ortega öffentlich an, sie über Jahre hinweg kör-

perlich missbraucht und vergewaltigt zu haben. Ein Gerichtsverfahren blieb aus, weil es Ortega gelang, sich aufgrund seiner parlamentarischen Immunität dem Verfahren zu entziehen. Narváez fand Unterstützung in der feministischen Bewegung innerhalb und außerhalb Nicaraguas und reichte bei der Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission Klage gegen den Chef der FSLN ein. Ihr Fall wurde zum Symbol der Auseinandersetzung der feministischen Bewegung mit sexuell-gewaltbasierten Herrschaftspraktiken des patriarchalen Systems. Viele Feministinnen solidarisierten sich mit Narváez, andere Frauen gerieten in einen tiefen Zwiespalt, hielten aber trotz der Vorwürfe ihrem „Caudillo“ weiterhin die Treue. Rosario Murillo stellte sich auf die Seite ihres Ehemanns. „Um ihren Frieden zu finden“, so Zoilamérica Narváez selbst, zog sie ihre Klage vor einigen Monaten zurück.

Diese Auseinandersetzung war wohl der Beginn eines endgültigen, tiefen Zerwürfnisses zwischen den unabhängigen Frauengruppen und dem Ehepaar Ortega-Murillo. Kurz vor der Präsidentschaftswahl 2006 lieferte Daniel Ortega dann einen neuen Grund für lautstarke Proteste der Frauenbewegung. Mit den Stimmen vieler FSLN-Abgeordneter verab-

.....

Weil die FSLN sich nicht um feministische Themen kümmerte, kehrten ihr viele Frauen den Rücken.

.....

schiedete damals die nicaraguanische Nationalversammlung ein Gesetz, das Abtreibung selbst dann unter Strafe stellt, wenn eine Gefahr für Gesundheit und Leben der Frau besteht. Grund für diese Gesetzesänderung waren Absprachen zwischen Daniel Ortega und der katholischen Kirche, die ihm letztendlich zur Präsidentschaft verhalfen.

AMNLAE protestierte damals nicht sichtbar gegen die Gesetzesreform, alle anderen Frauenorganisationen aber organisierten sich und kämpften bis heute für die Legalisierung der Abtreibung.

Nach dem Regierungsantritt begann besonders Rosario Murillo mit einer regelrechten Hetzkampagne gegen die feministischen Gruppen. Es kam darüber hinaus zu Anklagen und öffentlicher Diffamierung ganzer Organisationen sowie einzelner Frauen, unter anderem gab es einen Strafantrag wegen Geldwäsche und die Gemeinnützigkeit einiger Or-

◀ **Wir sind Bürgerinnen**
– **Wir haben Rechte** Plakat
des Colectivo de Mujeres
de Matagalpa

NICARAGUA

ganisationen wurde in Frage gestellt. Im Oktober 2008 drangen Staatsanwalt und Polizei gewaltsam in die Räume der Autonomen Frauenbewegung (MAM) ein und beschlagnahmten Computer und Materialien.

Nachdem selbst AMNLAE sich zunehmend kritisch gegenüber der Regierungslinie äußerte, sorgte die Präsidentengattin Rosario Murillo durch geschickte Manipulation kurzerhand dafür, dass die langjährige AMNLAE-Vorsitzende durch eine neue, der Regierungspolitik ungefährlichen Leitung ersetzt wurde. Zudem gründete Murillo 2008 eine neue Organisation, die Bewegung der sandinistischen Frauen Blanca Arauz. Es wurde verkündet, Blanca Arauz verfüge bereits über Vertretungen in allen größeren Ortschaften und über mehr als 3.000 Mitglieder. Wenige Monate später scheint die Organisation genauso schnell wieder von der Bildfläche verschwunden zu sein wie sie aufgetaucht war. Das Vorgehen Murillos verdeutlicht jedoch die Schärfe, mit der die aktuelle Regierung der unabhängigen Frauenbewegung des Landes begegnet und versucht, sie und ihre Themen zu vereinnahmen.

Statt unter einer „linken“ Regierung mehr Handlungsspielraum zu haben, sieht sich die Frauenbewegung vermehrt Repressionen ausgesetzt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass ein Teil der Frauenbewegung eine begrenzte Allianz mit der reformsandinistischen Partei MRS eingegangen ist (siehe Porträt von Violeta Delgado). Die etwa 70 in der MAM organisierten Frauen wollen aus einer feministischen Position heraus zu gesamtgesellschaftlichen Fragen Stellung nehmen und in den Wahlkampf und die allgemeine politische Debatte eingreifen. Langfristig möchten sie jenseits von FSLN und Liberalen eine dritte politische Kraft

formieren, die so weitgehend wie möglich ein partizipatives und gendergerechtes Politikmodell verfolgt.

Dieser Schritt wird jedoch von anderen Teilen der Bewegung als Aufgabe der Autonomie kritisiert und führte zu Diskussionen über den Stellenwert der Unabhängigkeit der Frauenbewegung vor Parteiinteressen. Als Abspaltung der MAM schlossen sich deshalb zwölf Gruppen in verschiedenen Teilen des Landes zur Movimiento Feminista (Feministischen Bewegung) zusammen.

Ihre Stärke indes haben die Frauen trotz unterschiedlicher Haltungen und immer neuen Zersplitterungen nicht verloren. Nach wie vor arbeiten über 150 Gruppen im Frauennetzwerk gegen Gewalt zusammen. Und das Hauptziel der aktuellen Arbeit in nahezu allen unabhängigen Frauengruppen ist derzeit mit der Verteidigung ihrer politischen Handlungsspielräume ebenfalls das gleiche. Obendrein gibt es unter den Feministinnen bereits erste Gespräche, um erneut zu einer Verständigung zu finden.

Von den Drohgebärden der Regierung jedenfalls lassen sich die Frauen nicht einschüchtern und zeigen sich kämpferisch. Juanita Jiménez von der MAM erklärte: „Wir sind darauf vorbereitet, Widerstand zu leisten, und haben gezeigt, dass wir keine Angst haben. Wir werden jedem Angriff Widerstand leisten, und wenn sie eine Gruppe ins Gefängnis bringen, dann machen sie es halt, aber das wird uns nicht zum Schweigen bringen, denn wir wissen, dass sich viele andere Stimmen erheben werden.“

// Kirsten Clodius, Barbara Lucas

Teile des Artikels stammen aus einem Beitrag von Kirsten Clodius im INKOTA-Brief 147 vom März 2009 „Nicaragua 30 Jahre danach: Irrwege einer Revolution.“

▼ **Ja zur Demokratie. Nein zur Diktatur.** Plakat der Autonomen Frauenbewegung (MAM)



Diana Martínez

ist 50 Jahre alt und lebt in Estelí. Sie ist Mitgründerin der Fundación entre Mujeres (FEM) in Nicaragua, einer Frauenorganisation, die mit rund 3.000 Frauen in ländlichen Gebieten zusammen arbeitet.

Als sie sich dem revolutionären Prozess anschloss, war Diana Martínez 19 Jahre alt. Sie kam aus einer Mittelschichtsfamilie und wurde auf eine Klosterschule geschickt, wo sie mit der marxistisch beeinflussten Befreiungstheologie in Kontakt kam.

Als ihre Eltern davon erfuhren, schickten sie ihre Tochter auf die Universität nach Guatemala. Doch auch dort traf sie auf den Marxismus-Leninismus. Zunehmend kam es zum Bruch mit der Familie. „Meine Eltern wollten, dass ich einen Mittelklasse-Mann heirate und meiner Bestimmung nachgehe, viele Söhne zu gebären. Die Revolution hat mich vor dieser bürgerlichen Barbarei bewahrt. Für mich ist ein großer persönlicher Erfolg, dass mir dieses Schicksal erspart blieb.“

Nachdem es in Nicaragua im September 1978 zu heftiger Repression und Massakern gekommen war, schloss sich Diana dem revolutionären Prozess Nicaraguas an und ging nach Costa Rica. Dort arbeitete sie bis zum Tag der Revolution in einem klandestinen Krankenhaus für Verwundete der FSLN und versorgte dort Verletzte.

Nach ihrer Rückkehr nach Nicaragua beteiligte sich Diana Martínez in den 1980er Jahre am Aufbau der Gewerkschaftsstrukturen in Bluefields. Danach beendete sie ihr Soziologiestudium an der UCA in Managua und arbeitete zeitgleich als Textilarbeiterin. „Ich wollte eine richtige Arbeiterin sein und war in der Sandinistischen Jugend aktiv“, sagt sie heute über diese Zeit.

1984 konnte Diana Martínez als wissenschaftliche Mitarbeiterin an einem Forschungsprojekt zur Untersuchung der Situation von Landarbeiterinnen mitarbeiten, eine der ersten wissenschaftlichen feministischen Arbeiten Nicaraguas. Auch später forschte sie noch weiter zu genderspezifischen Fragen im Zusammenhang mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen von berufstätigen Frauen. „Unser Interesse war es, die beson-



Foto: Ulla Sparrer

deren Schwierigkeiten der ausgebeuteten Frau sichtbar zu machen. Wir erhofften uns natürlich auch, dass sich die Arbeiterorganisationen dem Frauenthema öffnen würden.“

Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Auch in den sandinistischen Massenorganisationen und der FSLN herrschte der Machismo vor, und 1990 war ihr dann absolut klar, dass der Widerstand gegen Genderthemen und Gleichberechtigung innerhalb der Gewerkschaften zu groß war.

Der Widerstand innerhalb der Gewerkschaften gegen Genderthemen und Gleichberechtigung war zu groß.

Deshalb gründete Diana Martínez Anfang der 1990er Jahre gemeinsam mit anderen Frauen die Frauenorganisation Fundación entre Mujeres (FEM). Die FEM entstand als autonomes, von Gewerkschaften und Parteien unabhängiges Projekt von Frauen und hatte zum Ziel, die Interessen der Frauen an der Basis in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei ging es insbesondere um den Kampf für die Emanzipation der Menschen auf dem Land. Die FEM verteidigt den Anspruch, einen radikalen gesellschaftlichen Wandel der Strukturen herbeizuführen und Ungleichheiten aufzulösen. Dass das möglich ist, davon ist Diana heute noch überzeugt.

// Kristofer Lengert

Argentina Olivaro

ist 45 Jahre alt und lebt in Matagalpa. Seit 1990 ist sie Mitglied im Colectivo de Mujeres Matagalpa (CMM). Sie ist Journalistin und arbeitet als Direktorin von Radio Stereo Vos des CMM. Außerdem ist sie nationale Koordinatorin der Vereinigung der kommunalen Radios (AMRAC).

1979 war Argentina gerade 14 Jahre alt und Mitglied in einer SchülerInnen-Vereinigung, die sich heimlich traf und oppositionelle Papiere weiterleitete. Da ihre Mutter schwanger war und ihre Hilfe brauchte, konnte sie nicht in die Berge zu den Gueriller@s gehen. Später hat sie aber bei der Alphabetisierungskampagne mitgemacht und diese in vielen Stadtteilen Matagalpas mitorganisiert. Ihre Mutter und sie waren bei der sandinistischen Frauenorganisation AMNLAE. Seit 1990 ist Argentina Olivar Mitglied im CMM. Die Kritik vieler Mitstreiterinnen an der aktuellen Regierung teilt sie nur sehr eingeschränkt: „Wir haben die 16 Jahre neoliberale Regierung nur überstanden, weil wir immer an die Prinzipien der Revolution glaubten, und eine revolutionäre Regierung ist immer noch besser als eine neoliberale.“ Daher hat sich das CMM den politischen Kampagnen einiger zivilgesellschaftlicher Gruppen wie beispielsweise

der Coordinadora Civil nicht angeschlossen. Argentina Olivar kritisiert, dass sich diese Organisationen teilweise mit den Rechten verbündet hätten, um ihre Kritik an der Regierung vorzubringen.

Ihre eigene Arbeit betrachtet sie als ein Resultat der täglichen Bedürfnisse von Frauen: „Wir haben es geschafft, bei den Frauen ein Bewusstsein für ihre Rechte zu wecken und die Lebensqualität vieler Frauen zu verbessern. Wir glauben, dass die Frauen zuerst etwas zu essen und ein Dach über dem Kopf brauchen, bevor sie sich wirklich engagieren können.“

Die FSLN hat die Arbeit des CMM anerkannt. Beim Vorgehen der Regierung gegen Nichtregierungsorganisationen (NRO) sieht Argentina Olivar das Problem, dass die Regierung dabei alle über einen Kamm schere. Auch glaubt sie nicht, dass die Zentralregierung alle ausländischen Spendengelder an NRO verwalten sollte. In den Räten der Bürgermacht (CPC) hingegen sieht sie ein geeignetes Regelwerk, um die sinnvolle Verwendung der Spendenfonds zu überwachen.

Die zukünftige Arbeit des CMM sieht sie nicht bedroht: „Unsere Arbeit im CMM war immer sehr gut – wir haben durch fortdauernde Analyse und Selbstkritik unsere Arbeit für die Frauen immer weiter verbessert.“

// Ulla Sparrer

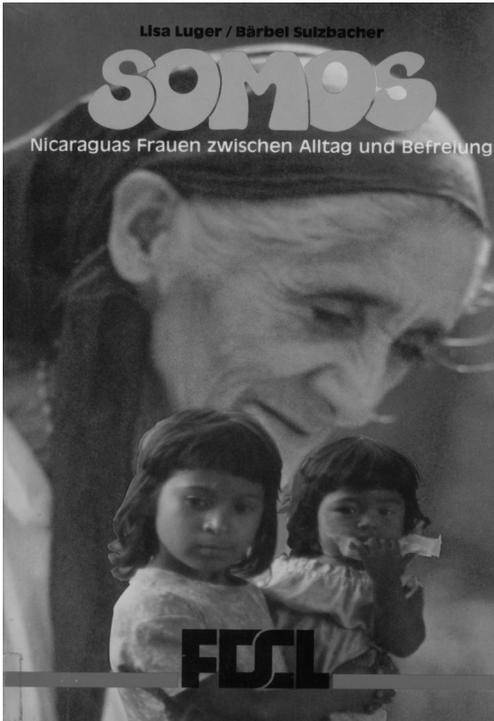
Violeta Delgado Sarmiento

ist 39 Jahre alt, lebt in Managua und ist hauptamtliche Mitarbeiterin in der Autonomen Frauenbewegung (MAM). Zudem arbeitet sie im Sozialforschungszentrum CINCO. Vorher war sie Generalsekretärin im Frauennetzwerk gegen Gewalt und Vertreterin der Coordinadora Civil, einem Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen.

„Ich bin schon mit elf Jahren zu politischem Engagement gekommen. 1981, habe ich meiner Mutter bei der Alphabetisierungskampagne geholfen. Wir haben vier Monate bei einer Kleinbauernfamilie gelebt. Das Vorbild meiner Mutter war entscheidend für meine spätere Begeisterung für soziale und politische Kämpfe. Darauf bin ich dann zur sandinistischen Jugend gekommen,



später zur Studentenbewegung.“ Violeta Delgado studierte Mathematik und Informatik in der UNAN in Managua und war dort Vorsitzende der Studierendenvereinigung. Zwischen 1991 und 1992 war sie Vizepräsidentin der Sandinistischen Jugend, verließ die Orga-



▲ 1984 Publikation des FDCL



▲ 1982 Die Beteiligung der Frauen am revolutionären Prozess

nisation aber zu Beginn der internen Krise der Frente 1994.

Über die Zeit nach der Wahlniederlage und ihr Engagement in der Frauenbewegung sagt sie heute: „Der Feminismus hat uns eine Orientierung gegeben, die anderen nach der Enttäuschung der Wahlniederlage lange fehlte. Wir nahmen in einem Rucksack die Werte der Revolution mit: Solidarität, soziale Sensibilität, Engagement. Aber auch die ungelösten Probleme der Revolution im Frauenbereich nahmen wir mit. Denn die FSLN-nahe Frauenorganisation AMNLAE hatte kaum Antworten auf Fragen der innerfamiliären Gewalt, der sozialen Ausgrenzung und andere.“ Mit 24 Jahren wurde Violeta Delgado 1994 zur Generalsekretärin des Frauennetzwerks gegen Gewalt gewählt und hatte diese Position acht Jahre inne.

Heute ergreift sie Partei für eine allgemeinpolitische Einflussnahme der Frauenbewegung. Sie befürwortet daher die Allianz der MAM mit der

reformandinistischen Partei MRS (siehe Überblicksartikel). 2006 kandidierte sie als Abgeordnete der MRS bei den Parlamentswahlen, zog jedoch nicht ins Parlament ein. Seit 2007 war sie mehreren Kriminalisierungsversuchen durch die von der Regierungspartei FSLN kontrollierten Justiz ausgesetzt.

Dennoch hält sie an ihrer Überzeugung fest: „Der Feminismus ist für mich ein Vorschlag der Frauen an die ganze Menschheit. Wir haben mit unseren Frauenorganisationen in den 1990er Jahren viel dafür getan, die Versorgung in den vom Staat vernachlässigten Bereichen Gesundheit, familiäre Gewalt, ökonomische Probleme alleinerziehender Frauen usw. aufrecht zu erhalten. Ich denke heute, dass sich die Frauenbewegung nicht allein mit Frauenthemen beschäftigen kann, während das ganze Land in sich zusammenfällt. Wir müssen uns zu Themen wie Demokratieabbau und Korruption äußern, auch wenn das hart ist.“

// Andrés Schmidt

DAS LAND DENEN, DIE ES BEARBEITEN

EINE ÜBERSICHT ÜBER DIE LANDBEWEGUNG

In Nicaragua spielt die Agrarfrage auch als soziale Frage eine entscheidende Rolle. Traditionell lebt die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land und mehr als die Hälfte der Exporterlöse kommt aus der Landwirtschaft. Noch bis in die 1980er Jahre brachte die herrschende Orientierung auf Agroexport und Plantagenwirtschaft Boomraten bei Baumwolle, Kaffee und Zuckerrohr. Allerdings profitierte davon nur ein kleiner Teil der Bevölkerung: Fünf Prozent der Familien besaßen 36 Prozent der bebauten Landfläche als Latifundien, während sich 80 Prozent der Bäuerinnen und Bauern 18 Prozent der Fläche aufteilten. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung arbeitete noch bis zum Beginn der 1980er Jahre in quasifeudaler und rechtloser Abhängigkeit als PlantagenarbeiterInnen mit zugewiesener Parzelle. Letztere mussten sie erst roden, um eigene Grundnahrungsmittel anbauen zu können. Die so nutzbar gemachte Fläche eigneten sich dann nach wenigen Jahren erneut die GrundbesitzerInnen an und die Kleinbauern und -bäuerinnen wurden erneut vertrieben.

Dies änderte sich unter der FSLN. Diese war gemäß ihrer „antiimperialistischen Orientierung“ angetreten, das Ausbeutungssystem zu zerschlagen, das auf dem Bündnis ausländischer Interessen, der Agroindustrie und der Regierung als Garant und Nutznießer bestand. In ihrer Praxis hatte die FSLN jedoch ein eher funktionales Verhältnis zur Landbevölkerung: Als Guerrilla hatte sie ihre Wurzeln in der Studentenschaft und im städtischen Bürgertum, ihre Kader waren in den Wirtschaftsschulen von Ost- und Westeuropa geschult und setzten in der Regierung eher auf großtechnische Konzepte. Sie enteignete entschädigungslos den Landbesitz der Getreuen des Somoza-Regimes und überführte ihn in Staatsbesitz. So entstanden agroindustrielle Großanlagen, wie zum Beispiel Zuckerfabriken, Kaffeeplantagen oder Reisanlagen. Alle Ressourcen sollten in den Staatssektor fließen. So wollte man die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung garantieren und stabile Anstellungsverhältnisse schaffen.

Den Bauern und Bäuerinnen war das aber nicht genug. Mit einer Welle von Demonstrationen und Landbesetzungen setzten sie eine Agrarreform zur Enteignung und Übertragung von unproduktivem Großgrundbesitz durch. Danach sollten sie Agrarkooperativen gründen, in Dorfgemeinschaften siedeln und in die sandinistische Landarbeitergewerkschaft ATC eintreten. Viele widersetzten sich dem.

Als Agrarkooperativen organisierten sie nicht nur die Produktion mit gemeinsamen und unveräußerlichen Landtiteln, sie betrieben gleichzeitig Gesundheitsposten, Kindertagesstätten, Volksküchen, Schulen und Läden. Doch es kam auch zu Konflikten, die bis hin zu Zwangsmaßnahmen der SandinistInnen und dem Überwechseln der Bäuerinnen und Bauern zur Contra eskalierten. Mehrere Fälle von Zwangsumsiedlungen wurden veröffentlicht, worauf die FSLN-Kader teilweise ihr Auftreten korrigierten und eine mehr bäuerlich orientierte Politik anstrebten. „Wir müssen die Herzen der Bauern gewinnen“, sagte 1984 der Innenminister.

Für das bäuerliche Bewusstsein war die eigene Scholle, das individuelle Wirtschaften und der Abstand zum Nachbarn entscheidend, dies musste

.....
 In ihrer Praxis hatte die FSLN ein eher funktionales Verhältnis zur Bauernschaft.

die FSLN-Politik stärker berücksichtigen. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde deshalb die Kleinbauernvereinigung UNAG gegründet und Individualtitel auf Land in Kriegszonen vergeben. Die ländliche Produktion wurde durch Kredit-, Vermarktungs- und Versorgungsnetze gestärkt.

Als in den 1990er Jahren die neoliberalen Regierungen antraten, änderte sich die Perspektive: Viele der Landtitel, welche die FSLN in den Jahren zuvor vergeben hatte, waren nicht juristisch abgesichert und so konnten etliche LatifundienbesitzerInnen ihren alten Besitz zurückgewinnen und die Kleinbäuerinnen und Bauern erneut vertreiben. Teilweise wur-

den die enteigneten Flächen auch dem politischen Deal der FSLN mit der neuen Regierung geopfert – viele Kleinbäuerinnen und -bauern sahen sich von der FSLN im Stich gelassen.

Die den LandarbeiterInnen zugeschriebenen ehemaligen Staatsbetriebe eigneten sich ebenfalls Kader der sandinistischen ATC-Gewerkschaft an. Die staatlichen Vermarktungs-, Kredit- und Beratungshilfen wurden eingestellt. Mit dem Zusammenbruch von internationalen Märkten (insbesondere Baumwolle und Kaffee) verloren viele Kleinbäuerinnen und -bauern ihre Existenzgrundlage und organisierten Hungermärsche und Straßenblockaden. Diese wurden meist mit dem Versprechen auf Land, Arbeitsplätze und Nahrungsmittelpakete eingedämmt.

Inzwischen haben sich die meisten der „politischen Agrarkooperativen“ aufgelöst. Viele verkauften ihr Land und ihre Mitglieder migrierten in die Städte. Flexible Formen von Kooperativen, die auf privatem Land Kaffee anbauen und Kollektivland für Viehweiden oder Bohnenanbau nutzen und sich Transport- oder Arbeitsmittel teilen, haben dagegen überlebt. Kooperativendachverbände wie FENACOOOP sehen

ihre eigene Arbeit darin, die KleinbäuerInnen und -bauern als Sektor der „sozialen Ökonomie“ so zu entwickeln, dass sie selbstverantwortlich und unternehmerisch denken und handeln lernen.

In den 1990er Jahren stärkten einige Kooperativen ihre ökonomischen Strukturen, indem sie Ro-

.....
Aktuelle Förderprogramme für die
Landbevölkerung sind nicht nachhaltig.
.....

tationsfonds aufbauten. Diese kamen als Kredite immer wieder verschiedenen Mitgliedern zugute, die sie dann wieder an den Dachverband zurückzahlten. So entwickelten die Mitglieder nachhaltige Verantwortung für „ihren“ gemeinsamen Fonds. Organisationen wie CIPRES setzen nach gleichem Muster Kühe oder Schweine als „Rotationsfonds“ ein: Die Mitglieder müssen nach etwa drei Jahren, in denen die Tiere sich vermehren, die Anzahl, die sie erhalten haben, wieder zurückgeben, sodass sie anderen zur Verfügung gestellt werden können. Gegenüber der seit 2007 amtierenden sandinistischen Regierung beklagen sich die Kleinbauernorganisationen über nicht eingelöste historische Versprechen. Sie verlangen eine strukturelle Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, Rechtssicherheit bei den Eigentumstiteln, weitere Landverteilungen und Stärkung einer nachhaltigen Subsistenzökonomie zur Selbstversorgung und Ernährungssouveränität. Sie kritisieren, dass das aktuelle Null-Hunger-Programm nicht nachhaltig ist, sondern nur zur schnellen Konsumtion führt, wenn es nicht mit Beratung, Produktionsunterstützung und Zurückzahlungspflicht verbunden ist. Als neue Träger einer solidarischen Ökonomie sehen sie sich mit einer Regierung konfrontiert, welche die Landkonzentration nicht infrage stellt und im Bündnis mit Agroindustriellen eine Exportförderung über Freihandel vorantreibt. Trotz ihres antiimperialistischen Diskurses löst sie ihre historischen Versprechen nicht ein. Die Opfer der jahrzehntelangen Plantagenwirtschaft – zum Beispiel die Nierengeschädigten der Pellas-Zuckerindustrie – sind mit ihren Camps in Managua ein lebendiges Mahnmal dieser Geschichte. Sie müssen sich ihre Rechte selbst erkämpfen, gegen die alten UnternehmerInnen, ohne Unterstützung ihrer Regierung und allein gelassen von den traditionellen sandinistischen Gewerkschaften.



▲ 1990 Die *Lateinamerika Nachrichten* berichten über die Perspektiven nach der Wahlniederlage



Foto: Falk Diederich

FAUSTO TORRES

ist seit 1978 FSLN-Mitglied, wurde 1990 Sekretär der Landarbeitergewerkschaft ATC im Landkreis Matagalpa und ist heute in der Internationalen Abteilung der ATC aktiv.

Fausto Torres war bereits als Schüler der Sekundarstufe am Kampf gegen das Somoza-Regime beteiligt. Nach dem Sieg der Revolution wurde er als junger Mann von der FSLN mit der Durchführung der Alphabetisierungskampagne in Rio Blanco betraut.

Dorthin kehrte er nach seinem Politikstudium in Moskau zurück und gründete die ersten Kooperativen und Gewerkschaftsgruppen. „Ich sollte das Bewusstsein in der Bevölkerung über die neuen Aufgaben der sandinistischen Volksrevolution stärken – in einer Zone, die praktisch eine kontrarevolutionäre Basis darstellte!“ Früher waren in Rio Blanco Hubschrauber der Nationalgarde Somozas gestartet, um gegen die sandinistische Guerrilla im Gebirge zu kämpfen. Die Bevölkerung hatte deshalb wenig von der politischen Arbeit der FSLN erfahren.

„Hier war es für uns sehr schwer Fuß zu fassen. Die Ansiedlungen waren weit verstreut und schlecht zu erreichen.“ Diesen marginalisierten Menschen erklärte Fausto Torres die Ziele der FSLN-Politik und der Alphabetisierungskampagne.

Der Sandinismus veränderte für viele die Form des Denkens, meint er. „Wir waren Akteure und waren die Repräsentanten der Frente in den Gemeinden.“ In der FSLN erhielt Fausto eine Ausbildung im linken Denken, die das Klassenbewusstsein stärken sollte. 1983 kam Fausto Torres nach Pantasma, mitten in eine Kriegszone. Dort unterstützte die Agrarkooperativen und begleitete Menschen, deren Kinder im Kampf und auch bei der Contra waren. Dabei lebte er unter ständiger Bedrohung durch die Offensiven der Contra.

Heute räumt er auch damalige Fehler der FSLN ein: „Wir haben die Bäuerinnen und Bauern schlecht behandelt und haben einige Sektoren auch zur Zusammenarbeit gezwungen.“ Dasselbe sei beim obligatorischen Militärdienst passiert, gegen den sich viele widersetzen.

Seit dem erneuten Amtsantritt Ortegas 2007 sind für ihn evidente Veränderungen eingetreten. Er sieht sie besonders in den Sozialprogrammen, der Gesundheitsversorgung und der neuen Alphabetisierungskampagne. Ebenso positiv beurteilt er, dass Nicaragua nicht mehr ein eindeutiger Alliiertes der USA sei. Die Sozialpolitik der neuen FSLN-Regierung sei stärker auf die ländliche Bevölkerung ausgerichtet. „Sicher hätten wir gerne mehr Landverteilung, Unterstützung in der produktiven Infrastruktur, kleinbäuerliche Kredite und eine größere Beteiligung für uns als Bauernorganisation, aber das läuft langsam an.“

// Klaus Heß

// Anzeige

IBEROAMERICANA
IBERO AMERICANA

Zentralamerika

Politik
Wirtschaft
Kultur

heute

Herausgegeben von
Klaus Heß, Michael Witten, Sebastian
Günther, Mathias, Volker Wenzelbach

VERVUELT

Zentralamerika heute. Politik – Wirtschaft – Kultur

864 S., € 44,00, ISBN: 978-3-86527-347-5

Themenschwerpunkte:

- Die Kleinststaaten im Entwicklungsprozess
- Umwelt und Tourismus
- Die politischen Systeme Zentralamerikas
- Das außenpolitische Handlungsfeld
- Migration, Geld und Märkte
- Katholizismus und Protestantismus
- Tendenzen in den erzählenden Literaturen
- Zentralamerika auf Zelluloid
- Beziehungen zwischen Deutschland und Zentralamerika

Bitte bestellen Sie über Ihre Buchhandlung oder direkt bei uns:
Vervuert Verlag
 Elisabethenstr. 3-9, D-60594 Frankfurt, Tel. 069 / 597 4617, Fax 069 / 597 8743
info@iberoamericanalibros.com, www.ibero-americana.net



Foto: Sonja Lüddecke

Maria Lourdes Herrera wohnt in der Nähe von León und ist 34 Jahre alt. Seit sie mit 20 geheiratet hat, arbeitet sie auf dem Land und züchtet Ziegen. Sie ist beim **Comité de Mujeres Rurales (CMR) in León als Verteidigerin für die Rechte der Frauen organisiert.**

1979 war Maria Lourdes noch klein, aber der Krieg ist ihr in Erinnerung geblieben. Deswegen vertraut sie heute der Politik der FSLN nicht mehr und glaubt nicht, dass sie die Situation in Nicaragua verbessern wird. Ihrer Meinung nach hat sich mit der Ortega-Regierung nichts geändert. „Sie reden davon, dass im Bildungs- und Gesundheitsbereich jetzt alles gratis ist, aber wenn ich ins Gesundheitszentrum gehe, ist die Behandlung schlecht. Sie machen Politik, aber für uns ändert sich nichts. Auch für uns Frauen nicht. Das Verbot der ther-

apeutischen Abtreibung verdammt uns zum Sterben. Was ist für uns Frauen in diesem Land der Fortschritt? Ich fühle keinen.“

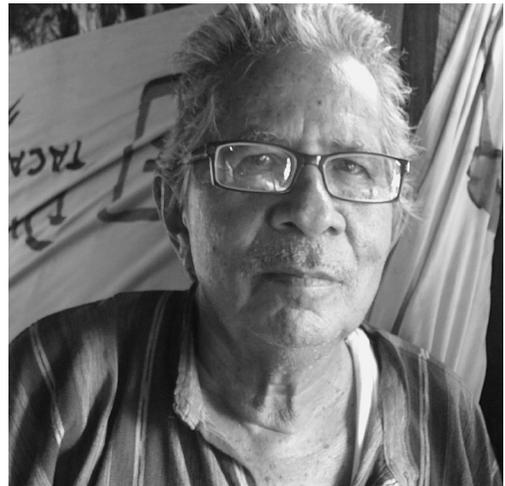
Maria Lourdes engagiert sich schon seit Jahren beim Landfrauenkomitee in León. Sie ist in einer Gruppe von acht Frauen organisiert, die sich um weibliche Opfer von Gewalt in der Gemeinde kümmert. Einmal besuchte sie eine Versammlung der von der Regierung eingesetzten Bürgerräte (CPC): „Ich wollte gerne teilnehmen, um zu erfahren, was alles in der Gemeinde passiert. Sie wissen, dass ich für die Frauen kämpfe. Und jetzt bin ich deren Koordinatorin der Frauen in dieser Gemeinde. Aber ich habe ihnen gesagt: ‚Ja, es ist mein größter Wunsch, für die Frauen zu kämpfen, aber mit meiner eigenen Politik und nicht mit eurer.‘ Sie suchen Frauen, die ihre Ideologie übernehmen, aber ich glaube nicht, dass diese Politik funktionieren wird. Meine Vorstellung davon, wie Frauenrechte verteidigt werden sollen ist sehr unterschiedlich zu dem, was die CPC wollen. Wir Frauen haben gegen die Diskriminierung gekämpft und jetzt diskriminieren sie uns. Unser Ziel ist es, die Diskriminierung abzuschaffen und nicht, uns gegenseitig zu diskriminieren oder uns zu spalten. Wir Frauen sollten uns alle vereinen, egal wer von welcher Seite kommt.“

Ihr großer Traum ist es, einen eigenen Betrieb für die Vermarktung von Ziegenfleisch zu eröffnen. Einen Teil davon hat sie schon erreicht: Mit Hilfe von CMR hat sie sich ein eigenes Stück Land gekauft.

// Sonja Lüddecke

Roger Enrique Ríos ist 73 Jahre alt und arbeitete von 1962 bis 1996 Erntearbeiter in der Zuckerfabrik San Antonio des Unternehmens Pellas, das unter anderem den Rum Flor de Caña produziert. Er leidet an einer Nierenschädigung und lebt seit Monaten in einem Protest-Camp in Managua.

„Während der Revolution ging es keinem gut, alle hatten zu darben. Wasser, Essen, Seife, alles war rationiert“, erinnert er sich. In der Zuckerfabrik San Antonio gab es hingegen reichlich von allem: Häuser mit Wasserversorgung, Theaterveranstaltungen, Musikabende...Die Arbeit war gut bezahlt, selbst ein Haus wurde den ArbeiterInnen gegeben. „Aber als die Sache mit dem



NICARAGUA

Kreatin kam, wurde den Pellas klar, dass sie in San Antonio eine Menge Geschädigte hatten. Deshalb warfen sie die Ärzte aus dem Dorf. Sie wussten, es gibt ein Gesetz, das die Unternehmer verpflichtet, den Arbeitern Entschädigungen zu zahlen. Untersuchungen wurden von Ärzten durchgeführt, die Pellas bezahlte und diese sagten, dass die betreffende Person gesund sei.“ 7.000 Leute arbeiteten dort in der Zuckerrohrrente. Alle Infizierten verloren ihre Arbeit. Vor 15 Jahren, als Roger sich immer schlechter fühlte, nicht mehr urinieren konnte, ließ er sich außerhalb des Unternehmens untersuchen. Anfangs bekam er eine sogenannte Unterstützung durch das Unternehmen, aber als bekannt wurde, dass sein Sohn sich für die Nierengeschädigten engagierte wurde das Geld gestrichen. Eines seiner vier Kinder starb bereits mit fünf Jahren an einer Nierenschädigung. Insgesamt sterben daran in Chichigalpa täglich zehn Personen – 3.000 Personen im Jahr.

Vor 13 Jahren wurde Roger Enrique Ríos pensioniert. Vom Staat bekommt er eine Pension von 100 US-Dollar im Monat. Seit einigen Monaten lebt er gemeinsam mit 400 anderen infizierten und kranken Personen in einem Protest-Camp in Managua. „Da sind wir jetzt schon fünf Monate und wir bleiben bis Pellas kommt. Unterstützung haben wir von niemandem – nicht von der Regierung, nicht vom Gesundheitsministerium. Wir lernen zu kämpfen. Die Medien, das Fernsehen, die sind alle von Pellas bezahlt. Die Gewerkschaften CST und FNT sind weiße Gewerkschaften. Auf ihren Demonstrationen zahlen sie allen Leuten 200 Córdoba für ihre Beteiligung. Und wer bezahlt die Gewerkschaften? Die Pellas! Unterstützung bekommen wir höchstens von außerhalb. Eine italienische Nichtregierungsorganisation unterstützt uns mit Lebensmitteln. Wir sind alle unsere eigene Organisation.“

// Klaus Heß



▲ Protest-Camp in Managua Nierengeschädigte Zuckerrohrarbeiter fordern eine Entschädigung von Pellas

DAS RINGEN UM DIE BASIS

STADTTEILBEWEGUNG IN NICARAGUA: VON DEN KOMITEES ZUR VERTEIDIGUNG DES SANDINISMUS ZU DEN KOMITEES ZUR KOMMUNALEN ENTWICKLUNG

Kommunale Bewegungen sind in Nicaragua mit der sandinistischen Revolution entstanden. Nach dem Muster der kubanischen Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) organisierten sich in den 1980er Jahren in Nicaragua die so genannten Komitees zur Verteidigung des Sandinismus (Comités de Defensa Sandinista, CDS) als Stadtteilkomitees. Diese verteilten Subventionsgutscheine, machten Nachtwachen und unterstützten Gesundheitskampagnen oder Einschreibungen zum Militärdienst. Wie alle anderen Massenorganisationen standen sie zwischen Basis und Macht, waren zugleich Parteiorganisationen der Regierungspartei FSLN und Basisbewegungen. Bis 1984 hatten sie gar Sitz und Stimme im Parlament. Oft besetzte die FSLN führende Stellen in den CDS mit eigenen Kadern, welche im Konfliktfall die Partei- und Staatslinie vertraten. Die CDS erschienen somit wie auch andere FSLN-Massenorganisationen als staatstragende Vereinigungen, als Transmissionsriemen staatlicher Politik in die Bevölkerung, was die eigenständige Organisation von Basisinteressen hemmte.

Der Loslösungsprozess von der Partei vollzog sich ab 1988, als Omar Cabezas, damals Mitarbeiter des Innenministeriums, einen Rückbezug der CDS auf die originären Interessen im Stadtteil und die unmittelbare Wahl aller Funktionäre durch die zu vertretenden BürgerInnen einleitete. Mit dem so genannten Kommunalgesetz setzten die SandinistInnen am Ende ihrer Regierungszeit eine Gemeindeautonomie in Kraft: Erstmals seit einer über 50-jährigen Suspendierung konnten wieder BürgermeisterIn und Kommunalparlamente gewählt, eine starke Kommunalverwaltung aufgebaut und Haushaltsmittel eingerichtet werden, um zusammen mit den BürgerInnen eigene Entwicklungsstrategien umzusetzen.

Nach den ersten durchgeführten Gemeindewahlen wurde das Gesetz gemeinsam von der FSLN und der Liberalen Partei 1997 noch einmal reformiert und so genannte Komitees zur Kommunalen Entwicklung (CDM) eingeführt. In weiteren Gesetzen wurden 2001 und 2003 den Kommunen dauerhaft

zehn Prozent des Staatshaushaltes zugewiesen und das Verfahren beschrieben, wie der Haushalt aufgestellt, diskutiert und entschieden werden soll. Neben der Stärkung der kommunalen Ebene ging es dabei aber auch immer um ein neues Demokratieverständnis, das weit über die parlamentarische Demokratie hinausging. So wurden mit dem Gesetz zur zivilgesellschaftlichen Partizipation die CDM als höchste Instanz für den Dialog zwischen Kommunalregierung und Zivilgesellschaft bekräftigt und geregelt. Danach müssen spätestens zwischen Oktober und Dezember im ganzen Land die Kommunalhaushalte mit der Bevölkerung beraten werden. Hierzu können alle öffentlichen Medien und Foren genutzt werden; mindestens aber muss das CDM und eine Volksbefragung einberufen werden. Trotz der gesetzlichen Verpflichtung gibt es heute erst in 34 Prozent der Kommunen solche Komitees zur Kommunalentwicklung mit Haushaltskommissionen. Immerhin gibt es aber in 81 Prozent der Kommunen offene partizipative Bürgerkonsultationen. Von der Form her sind die Komitees Zwitterstrukturen: Als Basisorganisationen werden ihre VertreterInnen auf Stadtteilversammlungen gewählt, gleichzeitig bilden sie aber auch Nichtregierungsorganisationen mit eigener Programmatik. Aus jedem Stadtteil wird ein zweiköpfiger Kommunaler Volksrat gewählt, der wiederum in der Gemeinde, im Landkreis und auf nationaler Ebene Dachstrukturen wählt. Die Kommunale Bewegung in Matagalpa sieht ihre Aufgabe beispielsweise in der Entwicklung einer Gemeindevirtschaft, sie will kommunale Gärten neben dem Schulgebäude anlegen, um die Ernährungssicherheit und gleichzeitig die kommunale Selbstorganisation zu verbessern. Andere Ziele sind die Herausbildung von GesundheitsbrigadistInnen oder die Erhaltung der lokalen Kultur sowie die Durchführung politischer Kampagnen zum Beispiel für eine würdige Behausung und eine angemessene Stromversorgung oder gegen die Wasserprivatisierung. ADIC, eine Vereinigung zur Förderung der integrativen Gemeindeentwicklung in Matagalpa und

Umgebung, hat die Selbstorganisation der Bevölkerung, Fortbildung, Weiterbildung und Verbesserung der Infrastruktur zum Ziel. Neben praktischer Umweltpolitik wie Wiederaufforstung und Latrinbau gibt es Gruppen für Reflexion und Sensibilisierung, in denen über Selbstbestimmung und Partizipation gesprochen wird. Es werden auch Seminare für Männer durchgeführt, die Geschlechtergerechtigkeit und Maskulinität genauso wie innerfamiliäre Gewalt thematisieren. ADIC arbeitet im CDM mit anderen Organisationen und Netzwerken erfolgreich zusammen.

Nachdem Daniel Ortega 2006 erneut zum Präsidenten gewählt wurde, führte er 2007 per Dekret die so genannten Räte der Bürgermacht (Consejo de Poder Ciudadano, CPC) ein. Diese werden von der FSLN eingesetzt und vom Staat bezahlt. Die kommunalen Basisbewegungen sind seitdem stark verunsichert, da sie in direkter Konkurrenz zu den existierenden, parteiunabhängigen kommunalen Strukturen stehen und die Autonomie der Gemeinden unterminieren. KritikerInnen befürchten, dass das kommunale (Partei übergreifende) Denken geschwächt werden wird, was Auswirkungen auf vielfältige soziale, wirtschaftliche und politische Beziehungen haben würde. So werden die CPC mit einer wachsenden Menge von Verteilungsaufgaben betraut und bilden den Kern einer neuen Klientelwirtschaft. Ortega hat die sandinistischen BürgermeisterInnen darauf verpflichtet, dass sie sich den Entscheidungen der CPC „als organisiertes Volk“ beugen. Als erste Antwort auf die breite Kritik wurden die CPC im Juli 2009 in Kabinette der Bürgermacht umbenannt. Ob es sich dabei aber um einen wirklichen Politikwechsel hin zu breiteren Strukturen handelt oder nur eine Namensänderung ist, bleibt jedoch vorerst offen. Die schon existierenden kommunalen Strukturen werden auf alle Fälle weiterhin ausgehert.

Trotzdem sind es heute kommunale Bewegungen wie ADIC, die CDMs und deren Dachorganisation Nicaraguanisches Netzwerk für Demokratie und lokale Entwicklung, die für eine breit angelegte Partizipation der Zivilgesellschaft eintreten. Angesichts der Polarisierung im Land sowie der weit verbreiteten Traumatisierung durch Krieg und politische Zuspitzungen der 1980er Jahre ist das nötiger denn je.

// Klaus Heß

.....

Douglas Antonio Morán Mejía, 29 Jahre, ist lokaler Koordinator des Movimiento Comunal Nicaraguense im Landkreis San Isidro.

Douglas beschreibt den Zweck seiner Arbeit als Förderung der Selbstorganisation der Landbevölkerung zur Verteidigung ihrer Rechte und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Die Notwendigkeit dafür kennt er aus eigener Erfahrung: „Ich bin selbst hier aufgewachsen und weiß, dass wir durch gegenseitige Hilfe und die sozialen Kämpfe, die wir als Organisation geführt haben, viel erreichen können.“ Douglas erzählt, wie er von klein auf auf dem Land seiner Familie gearbeitet habe, später dann bei einem landwirtschaftlichen Großbetrieb. Dort habe er die Ungerechtigkeit erlebt, mit der die ArbeiterInnen behandelt wurden. Andererseits sei er dort auch zum ersten Mal mit den sozialen Kämpfen der LandarbeiterInnen in Kontakt gekommen, an denen er sich beteiligt habe, auch im Interesse der eigenen Familie: „In den 90er Jahren war es ja so, dass wir Bauern Objekte waren, nicht Subjekte, wir hatten keinen Zugang zu kostenfreier Bildung und Gesundheit.“ Die erste Organisation, bei der Douglas selbst Mitglied war, war die Behindertenvereinigung Los Pipitos, mit der sie 2002 in San Isidro eine Ortsgruppe gründeten. „Die wichtigste Erfahrung dort war für mich der enge und respektvolle Kontakt mit den Familien der Behinderten. Von dem, was ich dort gelernt habe, profitiere ich heute sehr in meiner Arbeit mit den Bauern“, erzählt er.

Zur gleichen Zeit wurde in San Isidro damals eine Ortsgruppe des Movimiento Comunal gegründet, sein Vater sowie sein Onkel seien mit dabei gewesen. So habe er die Aktivitäten dieser Organisation in Matagalpa kennen gelernt, deren ganze Idee und Struktur ihm sehr gefallen hätten. Douglas erinnert sich gut, wie ihm damals seine heutige Position übertragen wurde: „Als unsere Ortsgruppe bereits einigermaßen gut lief, mussten sich einige aus der bisherigen Leitung zurückziehen und ich wurde gefragt, ob ich mir zutrauen würde, die Funktion des Koordinators für unseren Landkreis zu übernehmen. Ich war damals erst 23, aber heute bin ich froh, dass ich ja gesagt habe.“

// Andrés Schmidt

.....

Roberto Enrique Rodríguez, 34 Jahre, ist Koordinator des Rats der Bürgermacht (CPC) im Stadtteil 5. Juni in Matagalpa, nördlich der Hauptstadt Managua.

„In den 1980er Jahren normalisierte sich das Leben nach dem Krieg, den uns der US-Imperialismus aufgezwungen hatte. In den 1990er Jahren übertrug der Comandante die Regierung an Dona Violeta, Dr. Alemán und Enrique Bolanos, da war es sehr hart für uns, die sagten, sie seien der Wechsel.“

Roberto Enrique Rodríguez sagt von sich selbst, immer das gemacht zu haben, was die Partei FSLN wollte. Er war in der sandinistischen Jugend und auch direkt mit Aufgaben der FSLN betraut. Angesichts seiner schwierigen wirtschaftlichen Situation brach er eine Ausbildung zum Elektrotechniker ab und schlug sich von da an mit Gelegenheitsarbeiten durch. „Manchmal musste ich für 14 Tage raus aufs Land, da konnte ich mich nicht weiter um mein Studium kümmern. Gerne hätte ich eine feste Arbeit gehabt, aber es gab keine Gelegenheit“, erzählt er. „Mit der neuen Regierung ist es in den letzten zwei Jahren bergauf gegangen. Der Comandante [Daniel Ortega;

Roberto sagt von sich selbst, immer das gemacht zu haben, was die Partei FSLN wollte.

Anm. d. Red.] ist auf Seiten der Armen, hat internationale Verhandlungen begonnen und bringt Sozialprogramme für die Bevölkerung auf den Weg.“

Heute ist Roberto Enrique Rodríguez Leiter des Rates der Bürgermacht (CPC) im Stadtteil 5. Juni in Matagalpa. „Wir arbeiten Hand in Hand mit dem Bürgermeister, um einige Probleme der einfachen Leute zu lösen“, berichtet er über seine Arbeit in der kommunalen Bewegung. Der CPC besteht aus 15 Mitgliedern. Jeder hat seine Funktion, wie die Koordination der Bereiche Gesundheit, Erziehung, Umwelt, Sport, Frauen und andere, aber es wird zusammen

gearbeitet. „Wenn der Verantwortliche für Gesundheit ein Problem hat, arbeiten wir alle an der Lösung zusammen“, so Rodríguez.

Der Stadtteil 5. Juni hat etwa 4.000 EinwohnerInnen, die Versammlungen sind grundsätzlich offen für alle. Aber viele hätten aufgrund ihres Berufes oder dem Studium keine Zeit zu kommen „oder sie wollen einfach nicht.“ So kommen abhängig von der Situation und dem jeweiligen Thema der Sitzung circa 50 bis 80 Leute. Das wichtigste Thema für viele sei die BürgerInnen-Sicherheit, wegen der hohen Kriminalität. Weitere wichtige Themen sind Erziehung und Sport. „Gerade der Sport wird jetzt vom Comandante gefördert, weil viele Jugendliche Drogen nehmen oder in die Kriminalität abrutschen. Aber bis jetzt haben wir keine eigenen Fonds. Als die CPCs im Parlament diskutiert wurden, haben sich die Rechten dagegen ausgesprochen, so dass wir jetzt nur von unseren Händen leben müssen.“

Der Bürgermeister ruft regelmäßig die verantwortlichen KoordinatorInnen aller Stadtteile zu einer Versammlung zusammen, um bestimmte Probleme, beispielsweise die Umwelt oder Ausbildungsfragen betreffend, zu diskutieren. Genauso funktioniert es auf staatlicher Ebene, da ruft dann zum Beispiel das Umweltministerium oder das Erziehungsministerium die jeweiligen KoordinatorInnen zu sich. Auf der anderen Seite müssen sich die KoordinatorInnen der Stadtteile mit den Leuten im Barrio zusammensetzen, um eine Petition zu formulieren oder Probleme im Barrio öffentlich zu diskutieren. Rodríguez betont: „Die CPCs sind von Parteien unabhängig, die Mitglieder sind nicht nur von der Regierungspartei, sondern es gibt auch Koordinatoren von anderen Parteien.“

Sein Wunsch für die Zukunft ist, dass mit den CPCs einige Probleme des Barrios gelöst werden können. „Unser größter Erfolg ist, dass die Leute aus dem Stadtteil an den Versammlungen teilnehmen, dass sie zu den Veranstaltungen kommen und ihre Barrios repräsentieren“, zeigt sich Roberto Enrique Rodríguez glücklich. „Jetzt haben wir einen Comandante, der seine Versprechen hält. In den letzten 16 Jahren war das nicht so.“

// Klaus Heß

Silvio Prado, 53, ist Politikwissenschaftler

Silvio Prado befand sich als Guerillero der FSLN am 19. Juli 1979 im westlichen Teil von Nicaraguas Hauptstadt Managua. „Der Morgen war grausam, da suchten wir Leute, die die Nationalgarde vom Somoza massakriert hatte.“ erzählt er über den Tag, an dem die sandinistische Befreiungsfront FSLN über den Diktator Somoza siegte. „Die Leute wussten, dass wir dort eine FSLN-Zelle hatten und so riefen sie uns. Ich war Teil eines Guerillatrupps in Managua, der sich nicht nach Masaya zurückgezogen hatte.“

In den Jahren nach der Revolution war Prado in der Organisation und Ausbildung der Komitees der Verteidigung des Sandinismus (CDS) tätig. Zu Beginn der 80er Jahre kam er als Professor zur Lehrgewerkschaft ANDEN. Anschließend war er in der Abteilung für internationale Beziehungen der FSLN Europadirektor, später Afrikadirektor. „Nach 1990 wollte ich dann wieder in die Stadtteilarbeit“, berichtet Prado weiter. Er war bis zum 1. Kongress der FSLN in den Stadtteilen San Judas und Altagracia von Managua aktiv. „In meinem Stadtteil gab es sehr kritische Debatten, bis die Frente die Debatten 1993 beendete, sich für eine Person entschied [Daniel Ortega; Anm. d. Red.] und sich gegen uns wandte. Weil ich kein *caudillista* sein wollte, bin ich gegangen.“

Seine Kritik richtet sich vor allem dagegen, dass die *piñata* [bei der der so genannten *piñata* sicherten sich 1990 sandinistische Kader kurz vor der Regierungsübergabe zahlreiche Eigentumstitel und Staatsgüter; Anm. d. Red.] nicht aufgearbeitet wurde, die Verantwortlichen nie zur Rechenschaft gezogen wurden und dass die Führung der FSLN ihre Verantwortung für die Wahl Niederlage nicht übernahm. Prado stellt fest: „Nach der Niederlage hätte die Frente volksnaher und regierungskritischer werden und mehr öffentliche Debatten durchführen sollen.“ „Sie hätte eine Strategie der demokratischen Opposition entwickeln müssen, was sie aber nicht tat“, so Prado weiter.

Prado entschloss sich dann, Soziologie zu studieren und schuf den Verein für Kommunale Entwicklung. 1993 ging er nach Boaco, wo eine sehr konservative Bevölkerung lebt, und engagierte sich dort für Bürgerbeteiligung, Dezentralisierung und lokale Entwicklung. Danach gründete er das Nicaraguanische Netzwerk für Demokratie und lokale



Foto: Falk Diederich

Entwicklung mit, das 53 Organisationen in wichtigen Gemeinden umfasst.

2003 promovierte Silvio Prado in Spanien in Politische Wissenschaften. 2006 kam er zurück nach Nicaragua und gründete das Zentrum für politische Studien und Analysen CEAP. Er sagt: „In den kommunalen Bewegungen gibt es viele politische Ausdrucksweisen. Die FSLN hat versucht, diese zu kontrollieren, aber vergeblich. Ein Großteil der Führungspersonen ist sandinistisch, ein anderer Teil der Bewegung ist in den letzten Jahren durch die Begleitung unseres Verein erst entstanden.“ Während die FSLN 16 Jahre lang in der Opposition war, seien die meisten Schulungen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) veranstaltet worden. „Und die FSLN hat sich einen Dreck geschert um diese Ausbildung.“

Silvio Prado bezeichnet es als seinen größten persönlichen Erfolg, dass er sich selber „recycelt“ habe und nicht stehen geblieben sei: „Ab 1990 habe ich meine Kenntnisse weiterentwickelt, meine kritischen und analytischen Fähigkeiten verbessert, um zu verstehen, was in diesem Land passiert“

Und sein größter Misserfolg? Kein Millionär geworden zu sein. Außerdem bedauert er, nicht mehr zur notwendigen Veränderung der FSLN beigetragen zu haben. Wenn er die Mittel hätte, würde er gerne ein sozialpolitisches Forschungszentrum gründen, das die kritischen Kapazitäten in der Bevölkerung stärkt, damit Nicaragua von kritischen und selbstbewussten BürgerInnen bewohnt wird, die sich von keiner/m PolitikerIn täuschen lassen. „Ich möchte, dass mein Land in Würde lebt, mit sozialem Wohlstand und in Freiheit.“

// Klaus Heß

ZURÜCK AUF LOS?

DAS INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA ÜBER DIE SOLIDARITÄT MIT DER REVOLUTION

Die Revolution entfachte Projektionen einer ganzen Generation Solidaritätsbeweger. In Nicaragua schien möglich, was hierzulande so frustrierend schwer war. Doch die bedingungslose Solidarität mit der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) hielt nicht lange an und es gab Veränderungen sowohl dort als auch hierzulande.

Die Revolution in Nicaragua 1979 war eine gemeinsam geteilte Utopie. In Nicaragua selbst mobilisierte sie eine ganze Generation, die mit Pflastersteinen, selbst gebauten Bomben und Molotowcocktails die Nationalgarde Somozas angriff. Nach dem Sieg starteten die SandinistInnen eine groß angelegte Alphabetisierungskampagne. Viele zogen in die Dörfer, um mit den Bauern und Bäuerinnen zu leben, ihnen lesen und schreiben beizubringen. Außerhalb von Nicaragua mobilisierte die Revolution eine Generation von Menschen, die sich auf Hunderte verschiedene Arten mit den Zielen der Revolution identifizierten und solidarisierten, nicht zuletzt durch einen Aufenthalt in Nicaragua, der in den meisten Fällen das eigene Leben nachhaltig prägte und veränderte. Während 1978 das nicaraguanische Volk gegen die von den USA unterstützte Somoza-Diktatur

.....
Wir waren völlig davon überzeugt, dass die FSLN die gesellschaftliche und persönliche Emanzipation *per se* verkörperte.
.....

kämpfte, gründete sich das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal (Infobüro). Es war ein Zusammenschluss von Deutschen, wie dem Verleger Herrmann Schulz, und nicaraguanischen Studierenden, wie Enrique Schmidt Cuadra, der später in der ersten sandinistischen Regierung Polizeichef und Postminister wurde. Unser Projekt war ein politisches Projekt: Mit dem Aufruf „Endet das Schweigen – 46 Jahre Diktatur sind genug“

begannen wir, Broschüren über die Situation in Nicaragua zu erstellen. Wir wollten die Menschen hier für die Lage in Nicaragua sensibilisieren und Öffentlichkeit schaffen. Außerdem forderten wir den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der BRD mit Nicaragua und wiesen auf die Rolle bundesdeutscher Konzerne wie Siemens, Bayer und Mercedes hin, die weiterhin in Nicaragua tätig waren und den Fortbestand der Diktatur verlängerten. Als Höhepunkt und Zeichen unserer Solidarität mit den RevolutionärInnen gabs 1978 ein öffentlichkeitswirksames „GO-IN“ in die Bonner Nicaraguabotschaft (Eine ähnliche Aktion mit umgekehrten Vorzeichen fand 1983 statt, als wir die Deutsche Botschaft in Managua für mehrere Tage besetzten, um ein deutliches Engagement der Bundesregierung gegen die Hintermänner des Contraterrors zu fordern).

Solidarität mit den Menschen in Nicaragua auf der einen Seite und Empörung über bestehende Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd andererseits waren bereits damals die Eckpfeiler unserer Arbeit.

Mit dem Sieg der Revolution begann die Zeit der Projektionen. Die erste Projektion war die sandinistische Befreiungsfront (FSLN). Wir waren völlig davon überzeugt, dass sie die gesellschaftliche und persönliche Emanzipation *per se* verkörperte. Sie wollte ja den „neuen Menschen“ schaffen, um den wir uns auch in Deutschland schon Jahre vergeblich mühten. Und so überreichten wir den *comandantes* Spenden in Höhe von einer Million D-Mark „zur freien Verfügung“, ohne uns um den Verwendungszweck zu kümmern.

Das sowohl politisch als auch wirtschaftlich größte Projekt der 1980er Jahre war die Brigadenkampagne *Todos juntos venceremos* (Gemeinsam werden wir siegen), die die sandinistische Regierung den VertreterInnen der europäischen Solidaritätsbewegungen im November 1983 vorschlug. Wir riefen dazu auf, nach Nicaragua zu reisen, um dort ein menschliches Schutzschild gegen die politische, wirtschaftliche und militärische In-

tervention der USA zu sein. Dem ersten Aufruf folgten etwa 1.000 BrigadistInnen aus Europa, die während ihres Aufenthaltes in Nicaragua mit Erntearbeit oder dem Häuserbau ihre Solidarität zum Ausdruck brachten. Nach der Rückkehr bereicherten sie zu Hause den linken Diskurs in der bundesdeutschen Öffentlichkeit und brachten neue Impulse in die Debatte ein.

Ich konnte dabei sein, als das erste Flugzeug mit dreihundert deutschen BrigadistInnen in Managua landete. Gemeinsam mit 35 hoch motivierten Menschen arbeitete ich zwei Monate auf der Kaffeeplantage La Lima im Bergland Matagalpas, wo wir in einer Scheune schliefen und mit den KaffeebäuerInnen die Ernte einbrachten. Besonders berührte mich, mit wie viel Begeisterung die politischen, persönlichen und kulturellen Erfahrungen anschließend in unzähligen Veranstaltungen weitergegeben wurden. Viele, vor allem junge Menschen riskierten in den Grenzregionen Nicaraguas ihr Leben und erprobten damit ein Stück sozialrevolutionärer Utopie. Sie hatten zum ersten Mal Armut und Hunger erfahren, ihre Angst bewältigt und ihr Leben zur Verteidigung eines Projekts für eine gerechtere Zukunft eingesetzt.

Diese Erfahrungen standen im Gegensatz zu der im eigenen Land erlebten Ohnmacht und Entfremdung. Gleichzeitig kam es aber auch zu einer Funktionalisierung Nicaraguas und der NicaraguanerInnen als Projektionsfeld für die Ideale und unerreichbaren Ziele in der eigenen Gesellschaft. Die Friedensbewegung kämpfte mühsam und frustriert gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Raketenstationierung – um wie viel schöner und erfolgreicher schien da der antiimperialistische Einsatz auf einer nicaraguanischen Kaffeeplantage. Dabei konnten auch noch eigene Entwicklungsvorstellungen auf Nicaragua übertragen werden. Etwas belustigt beobachtete ich einmal, wie ein Brigadist neben der Küche einen kleinen diversifizierten Gemüsegarten für die BewohnerInnen anlegte, die dies staunend und interessiert beobachteten. Am nächsten Tag hatten die Kühe alles zertrampelt. Ähnliches passierte in der Häuserbrigade, die nach eigenen Vorstellungen ein Wasserpumpensystem errichtet hatte, um den Menschen in Pantasma den Weg zum Wasser holen zu verkürzen – allerdings gab es weder eine regelmäßige Treibstoffversorgung noch Ersatzteile für die Anlage.



Aus dem Inhalt dieser Nummer:
HONDURAS / EL SALVADOR: Keine Verlegung der Flüchtlinge! –
ARGENTINIEN: Kein Putsch mehr – **COSTA RICA:** Soziale Konflikte
 – **NICARAGUA:** Knute der Contadora – **GRENADA:** "Wissenschaftlich entschieden" – **MEXICO:** Umwelterstörung und Ökologiediskussion

▲ 1984 Brigadistas

Nach und nach entstanden überall in Nicaragua kleine, persönliche Projekte, die je kleiner, desto authentischer schienen. Zwischen 1979 und 1989 wurden über 1.000 Projekte allein von der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung finanziert. Mitte der 1980er Jahre hatte das Infobüro eine Projektbroschüre, in der örtliche Gruppen wie auf einem Menü unter 50 Projekten ihr „eigenes“ aussuchen konnten. Doch das Infobüro sah diese Projektarbeit zunehmend kritisch: Die Projekte waren häufig sehr eurozentrisch ausgerichtet und degradierten die Begünstigten zum Zuschauen. Besonders aus den Städtepartnerschaftsinitiativen wurde eine enorme Menge an Materialcontainern verschickt, wobei häufig Kosten und Aufwand höher waren als der tatsächliche Nutzen. Daher begannen wir unsere Projektarbeit in Nicaragua neu auszurichten. Statt bürgerlich-romantischen klein-klein-Projekten bevorzugten wir staatlich-revolutionäre, also von der FSLN-Regierung vorgeschlagene, Aufbauprojekte. War es die FSLN gewesen, die uns dazu gebracht hatte, die Brigadekampagne in die entferntesten und gefährdetsten Zonen Nicaraguas zu verlegen, so

war sie es auch, deren Prioritäten wir in dieser neuen Phase folgten. Wir unterstützen den Aufbau von Schulen, Gesundheitszentren und Kaffeeverarbeitungsanlagen. Besonders stolz war ich, als ich als Mitarbeiter des Infobüros im Februar 1984 in Matagalpa gemeinsam mit dem Wohnungsbauministerium, der Landarbeitergewerkschaft ATC und der Kleinbauernvereinigung UNAG das Pantasma-Projekt vereinbaren konnte. Über sechs Jahre hinweg entstanden dort durch unsere Spendensammlungen und Brigadeeinsätze zwei Dörfer mit Gesundheitsposten, Schulen und Kindereinrichtungen. Dabei war es uns wichtig, einen politischen Dialog herbeizuführen, statt eingleisige Unterstützung zu leisten. So diskutierten wir in Wuppertal, wie wir die in Briefen und Fotos vermittelte Alltagserfahrung der BrigadistInnen und die Bedrohung durch die Contra in eine Öffentlichkeits- und Pressekampagne gegen die US-

Politik einbauen konnten. Die unabhängige Solidaritätsbewegung ging immer davon aus, dass sich die Verhältnisse im Norden ändern müssen, damit Veränderungen im Trikont wirksam werden können. Deshalb machten wir auch in Deutschland Politik. Zum einen gab es Kampagnen gegen Weltwirtschaftsgipfel und Internationalen Währungsfonds und zum anderen wurde der alternative Kaffeehandel eingeführt, der immer betonte, dass auch der Mehrpreis nicht „fair“ war, sondern symbolisch für neue Welthandelsbedingungen stand (siehe Kasten).

So sollten die Brigadeprojekte in Nicaragua keine karitative Hilfe sein, sondern die Praxis des anti-imperialistischen Kampfes unterstützen. Von den Besuchten wurde das allerdings nicht so verstanden: Die Meisten glaubten, die AusländerInnen seien mit dem Motiv gekommen, „den Armen zu helfen“. Nur Wenige konnten einen Zusammen-

ENTWICKLUNG DES ALTERNATIVEN KAFFEEHANDELS

In den 1970er Jahren begannen so genannte Dritte-Welt-Initiativen Waren aus Entwicklungsländern, insbesondere Kaffee, nach Deutschland einzuführen und auf Ständen oder in „Dritte Welt Läden“ zu verkaufen. Der Import und Großhandel wurde in der Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt (GEPa) gebündelt. Einige Jahre später begannen auch Solidaritätsinitiativen der revolutionären Bewegungen in Mittelamerika mit dem Vertrieb von Kaffee. Der anfänglich eher symbolische Handel bekam zunehmend wirtschaftliche Bedeutung. Die Solidaritätsinitiativen in Deutschland haben sich in der MITKA zusammengeschlossen. Ein wichtiger Einschnitt war 1992 die Gründung des Vereins TransFair e.V. durch karitative Organisationen. Der Verein vergibt in Deutschland das TransFair-Siegel, mit dem Produkte gekennzeichnet werden, die Mindeststandards bei Arbeits- und Produktionsbedingungen erfüllen. Werden diese Bedingungen eingehalten, dann wird ein garantierter, höherer Einkaufspreis bezahlt. Mit diesem Siegel wurde der „Faire Handel“ als Begriff etabliert. Heute lassen sich zwei Grundpositionen des Alternativen Handels unterscheiden:

Beim fairen Handel nach TransFair-Muster ist die Motivation vom Ansatz her eher von der Entwicklungshilfe geprägt. KleinproduzentInnen soll der Marktzugang in Deutschland mit angemessenen Preisen ermöglicht werden. Mit diesem Ansatz wird der Verkauf von TransFair-Produkten in Supermärkten und bei Discountern gerechtfertigt. Der Einstieg von Konzernen ist erwünscht.

Auf der anderen Seite gibt es den fairen Handel nach Weltladen-Muster beziehungsweise den Alternativen Handel. Gemeinsam ist den Weltläden und politischen Solidaritätsinitiativen die Einsicht, dass unser Wirtschaftssystem nicht nur im Süden, sondern auch im Norden zu Problemen führt. Ein Handel, der nur wenige ProduzentInnen von weltmarktfähigen Produkten erreicht, kann nicht fair sein, zumal er von Unternehmen betrieben wird, die auch für unfaire Produkte und ausbeuterische Arbeitsbedingungen verantwortlich gemacht werden. Deshalb wird die Zusammenarbeit mit Konzernen abgelehnt. Das TransFair-Siegel könnte sein Ansehen bei kritischeren Gruppen und KonsumentInnen heben, wenn es auch für den Handel im Norden Mindeststandards einführen würde. Das ist aber nicht zu erwarten, da den KleinbäuerInnen im Süden eine Zertifizierung leichter zuzumuten ist, als den Handelsriesen.

// Eckhard Capell

NICARAGUA

hang mit politischer Solidarität erkennen, unsere Kritik an der Politik der Bundesregierung wurde nicht gesehen.

Anfang der 1990er Jahre begann dann eine neue Phase der Zusammenarbeit. Wir hatten schlechte Erfahrungen mit den homogenen, sandinistisch orientierten Verbänden und hierarchisch-patriarchalen Großorganisationen gemacht. Deshalb gingen wir über zur Projektarbeit mit kleinen Initiativen, Organisationen und Gruppen und reagierten damit auch auf die aufkommende Kritik am Entwicklungsdenken. Statt einer von außen aufgedrängten und gesteuerten Entwicklungshilfe, wollten wir den Austausch und die Beziehung zu konkreten Menschen in den Vordergrund stellen und diese dabei unterstützen, gegen jedwede Art von Ungerechtigkeit zu kämpfen.

Mit circa 15 dieser Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen arbeiten wir bis heute eng zusammen und tauschen Organisationsmöglichkeiten sowie politische Zielsetzungen und Erfahrungen aus. Dazu gehören Frauen- und Jugendorganisationen ebenso wie selbst organisierte KleinbäuerInnen. In unserer Arbeit achten wir auf größtmögliche Gleichberechtigung in den Beziehungen, erleben Veränderungsprozesse auf beiden Seiten mit und reflektieren diese fortlaufend. Mit den Frauen von der Organisation Fundación entre Mujeres (FEM) haben wir beispielsweise sehr intensiv über unsere gegenseitigen Organisationsformen diskutiert. Dabei stellte sich heraus, dass bei Projektfinanzierungen oftmals diejenigen am

.....
Anfang der 1990er Jahre begann dann eine neue Phase der Zusammenarbeit.
.....

meisten begünstigt werden, deren Mitglieder im höchsten Entscheidungsgremium vertreten sind. Jetzt arbeitet die FEM an einer Umstrukturierung, um Begünstigte direkt zu beteiligen, Bevorzugung zu verhindern und demokratische Prozesse zu sichern.

Es gehört zu den schönsten Momenten des Austauschs, wenn wir die Ergebnisse der Projekte nicht nur in den materiellen Bedingungen, sondern auch im Selbstbewusstsein der Landfrauen erleben oder Jugendlichen in armen

barrios bei ihrer materiellen und politischen Organisationsarbeit über die Schulter schauen können.

Da es hierzulande unser Anliegen ist, internationale Muster aufzuzeigen und Menschen zu motivieren sich für Veränderungen bestehender Verhältnisse einzusetzen, ist die Projektarbeit mit Nicaragua sehr wichtig. Deshalb unterstützen wir auch die kontinentalen Bewegungen gegen die Freihandelsverträge und Privatisierungsprojekte und machen Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der Interessen von USA, EU und internationalen Konzernen an den mittelamerikanischen Märkten. Wir stehen an der Seite von Stadtteil-, Frauen-, Landlosen-, Menschenrechts- und Antikorruptionsbewegungen im Kampf um Selbstorganisation sowie demokratische und partizipative Rechte. Der Anspruch durch unsere Öffentlichkeitsarbeit an einer Veränderung der Verhältnisse mitzuwirken steht damit über unserem Interesse, Menschen in Nicaragua durch Spenden zu unterstützen.

// Klaus Heß

// Anzeige

Fairer Handel ist für uns kein Alibi!

el rojito

Gr. Brunnenstr. 68
22763 Hamburg
Tel: 040/390 68 98
www.el-rojito.de

BEFREIUNGSVERSUCH AUS DER ENGE

EIN BLICK AUF DIE ARBEIT DER UNABHÄNGIGEN NICARAGUAGRUPPEN IN DER DDR UND DIE HEUTIGE PROJEKTARBEIT VON INKOTA

Willi Volks war Teil der unabhängigen Solidaritätsbewegung der DDR mit Nicaragua und arbeitet schon seit vielen Jahren als Projektverantwortlicher für Nicaragua bei INKOTA. In den Lateinamerika Nachrichten blickt er zurück auf die Zeit vor und nach der Revolution und zeigt Veränderungen im Fokus der Projektarbeit von INKOTA auf.

Alles, aber auch wirklich alles, wurde in der DDR von der „Dreieinigkeit“ Partei, Staat und gesellschaftlichen Organisationen unter der Führung der „avantgardistischen SED“ bestimmt. Eigenständiges Handeln war nicht vorgesehen. Wollte man sich aus der Klammer dieser lähmenden „Rundumbestimmung“ wenigstens ansatzweise befreien, konnte man dies nur im privaten Bereich der Familie oder zusammen mit FreundInnen tun; wollte man sich nicht nur auf das Private beschränken sondern begriff sich auch als politischer Mensch, arbeitete man in einer der unabhängigen Gerechtigkeits-, Friedens- oder Ökologiegruppen mit.

Sicher ist dies eine (wenn auch nur geringfügig) überspitzte und polemische Beschreibung der Wirklichkeit des DDR-Lebens. Will man aber die Motivation derer verstehen, die in unabhängigen Gruppen arbeiteten, braucht es diese Art der Charakterisierung. Die Motivationslage der Engagierten in den Basisinitiativen fand sich prinzipiell zwischen folgenden zwei Polen wieder: Einerseits ließ das Wissen vom Elend auf der Welt Untätigkeit nicht zu und forderte geradezu persönliches und direktes Handeln heraus und andererseits konnte man nur durch „eigenständiges sinnvolles Tun“ ansatzweise der Apathie und den vorgefertigten Strickmustern der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR entgehen.

Nicaragua war genau in diesem Kontext ein sehr attraktives, ja geradezu schillerndes Land. Dort herrschte nicht nur bittere Armut, die es zu überwinden galt. Nach dem Sturz der Somoza-Diktatur war man dabei, eine gerechte Gesellschaft nach

wie auch immer gearteten sozialistischen Vorstellungen aufzubauen, die den Blick auf den real existierenden Sozialismus à la DDR kritisch schärfte. Dichtende Priester, schreibende Regierungsmitglieder und politisch-erotische DichterInnen vom Schlage eines Ernesto Cardenal, Sergio Ramirez oder einer Giaconda Belli, deren Scharfsinnigkeit, Charme und Charisma es von alleine verbieten, sie beispielsweise mit Egon Krenz oder Margot Honecker zu vergleichen. Mit anderen Worten: Nicaragua war etwas Besonderes, mit dem man sich gern beschäftigte und was einen von dem engen, grauen Mief in der DDR befreite. Aber die alltägliche Arbeit dieser Gruppen war nicht annähernd so spektakulär wie ihr „Objekt der Begierde.“ Überall stieß man an Grenzen: Projekte mit Geld zu unterstützen, war nicht möglich, da die DDR-Mark nicht konvertierbar war. Wollte man statt dessen Pakete schicken, stieß man beim Kauf auf die Mangelwirtschaft. Schickte man Pakete mit zu viel Mangelware, scheiterte man am Zoll. Und zu all dem kam noch die „freundliche Begleitung“ durch die Staatssicherheit.

Doch es war genau diese Ambivalenz zwischen „unseren täglichen Schlag gib uns heute“ und dem noch so beengten und dennoch erweiternden Blick über den Tellerrand hinaus, der die Gruppen existieren ließ. Sie verstanden sich trotz aller Enge und Begrenzung als entwicklungspolitisch Wirkende. Zugleich waren diese Gruppen im Kleinen Praxis- und Erprobungsfelder für Demokratieverhalten und alternative Ansätze für kommunikative, partizipative und emanzipatorische Strukturen. Sie stellten ganz bewusst auch ein Stück Gegenöffentlichkeit in der DDR dar.

Eine solche Arbeit war ohne Unterstützung der Kirchen nicht möglich. Der Staat überließ sowohl die Legitimation der Gruppen als auch die Reglementierung in den meisten Fällen der Kirche. Die nahm diese Rolle an – in Form einer Gratwanderung zwischen Opposition und Anpassung. Mitunter war dabei die innere Zensur größer als die äußere.

NICARAGUA

Um Anfeindungen in der täglichen Arbeit widerstehen zu können, brauchte man verlässliche Verbündete und musste sich selbst größere Arbeitsstrukturen und -zusammenhänge schaffen. Einer der wichtigsten war INKOTA (Information, Koordination und Tagungen zu Problemen der Zweidrittelwelt). Der Name war Programm: es wurden in der Regel schwer zu beschaffende Informationen besorgt (meist aus oder über den Westen), koordinierte Aktionen gestartet und Tagungen durchgeführt. INKOTA hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Kluft zwischen Basisinitiativen und Administration zu überbrücken. Nicht zuletzt kamen über diese vernetzenden Strukturen auch eine ESG/INKOTA-Delegation 1986 und meine Reise 1989 nach Nicaragua zustande.

Der Großteil der Solidaritätsbewegten der unabhängigen Gruppen aber hatte erst ab 1990, das heißt nach dem Abgang der DDR und nach der Abwahl der Sandinisten in Nicaragua, die Möglichkeit, in das Land „ihrer Träume“ zu reisen – wenn sie es überhaupt noch wollten.

Der Abgang der DDR fand nahezu zeitgleich mit der Abwahl der sandinistischen Regierung statt. INKOTA arbeitet bis heute mit vielen nicaraguanischen Projektpartnern zusammen, auch wenn sich der Fokus der Arbeit während der Jahre verschoben hat. „Nach der Revolution kamen die Frauen“, habe ich diese Entwicklung zusammengefasst, denn wir wandten uns verstärkt den Frauen zu, also dem Teil der Bevölkerung, der in der Revolution zu kurz gekommen war. Politisch waren wir in dieser Neuorientierung unserer Meinung nach nicht von der sandinistischen Revolution weggerückt, im Gegenteil. Wie die Frauen unserer Partnerorganisationen, die sich zwar zunehmend von den sandinistischen Parteistrukturen distanzieren, nicht aber von ihren eigenen revolutionären sandinistischen Wurzeln, so verstanden auch wir inzwischen die beste Art der „Verteidigung von revolutionären Errungenschaften“ darin, zumindest Teilen der armen Bevölkerung durch unsere bescheidenen Mittel der Projektbegleitung die Chancen auf ein besseres Leben und eine emanzipatorische Entwicklung zu ermöglichen.

Dass wir damit nicht so ganz falsch lagen, machte mir das Miterleben des 10. Jahrestages des Frauenzentrums Xochilt Acalt in Malpaisillo im Jahr 2002 deutlich. Mit Sprüchen wie „Wir sind alphabetisiert und haben nun Worte, um unseren Männern zu antworten“ brachten sie zum Ausdruck,

worauf sie zu Recht stolz waren und welche Entwicklung sie genommen haben.

Als gelernter DDR-Bürger, Sympathisant und Unterstützer der sandinistischen Revolution, kamen in mir zwei Gefühle hoch: Das hier war das Gegenteil von offiziellen Demonstrationen à la DDR und im Leben dieser Frauen hat zumindest eine „kleine sandinistische Revolution“ stattgefunden.

Aber es waren nicht Revolutionen, sondern die Mühen der Ebenen, die den Projektalltag von INKOTA in erster Linie prägten. Wir mussten lernen, was es heißt, komplexe Strukturen der Ungerechtigkeit und der Armut auch nur ansatzweise mit zu überwinden. Bei diesem Lernen konnten wir uns auch auf westdeutsche Organisationen stützen. Aber es waren nicht nur die deutschen Or-

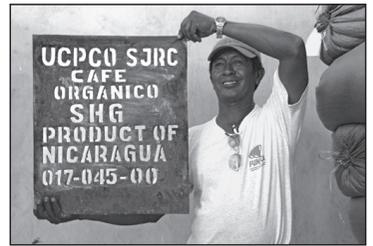
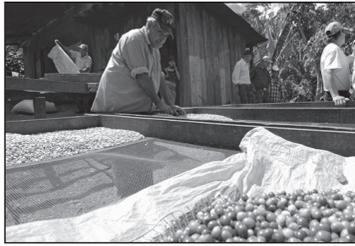
.....
Solidaritätsarbeit mit Nicaragua war eine Möglichkeit, sich vom engen grauen Mief in der DDR zu befreien.
.....

ganisationen, von denen wir viel lernten, sondern vor allem auch die nicaraguanischen. Natürlich geht es zum Beispiel der Stiftung für die integrale Entwicklung der indigenen Frauen von Subtiava Xochilt Acalt bei ihren Bemühungen um eine ökonomische Besserstellung der Landfrauen. Aber die Frauen wissen, dass Entwicklung ganzheitlich sein muss. Deshalb gehören neben den produktiven Projekten beispielsweise Alphabetisierung und Schulausbildung, vorbeugende Gesundheitsversorgung, Ausbildung von Genderbewusstsein, Kultur- und Sportarbeit mit Jugendlichen, Begleitung von sexuell missbrauchten Frauen und politische Kampagnenarbeit zu ihren Programmen.

Dass ausgerechnet unser einstiger Revolutionsheld Daniel Ortega als wiedergewählter Präsident einer pluralistischen Entwicklung der nicaraguanischen Gesellschaft im Wege steht, erscheint vor dem Hintergrund der gemeinsam gemachten Erfahrungen mit der sandinistischen Revolution als ein echter und schmerzlicher Treppenwitz der Geschichte.

// Willi Volks

Der Artikel setzt sich aus zwei gekürzten Beiträgen des Autors im kürzlich erschienenen Buch *Aufbruch nach Nicaragua – Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettbewerb* zusammen. Herausgegeben von Erika Harzer und Willi Volks // Christoph Links Verlag // Berlin 2009 // 246 Seiten // 19,90 Euro



Ökotopia - Kaffee aus Fairem Handel

Das ist Genuss, der nachwirkt. Für unseren Ökotopia-Kaffee und Espresso verwenden wir erstklassige Rohkaffees, die nach den Kriterien des Fairen Handels importiert und kontrolliert biologisch angebaut werden. Der gesamte Kaffee kommt aus kleinbäuerlicher Produktion. Unsere Handelspartner sind die Produzenten selbst. Möchten Sie mehr über unsere Produkte erfahren? Besuchen Sie unseren Internetshop: www.oekotopia.org.

Fairer Handel - den Vorteil teilen



Ökotopia GmbH - Moosdorfstraße 7-9, 10435 Berlin, Fon:030 698 09 83, Shop: www.oekotopia.org



Südwind

MAGAZIN FÜR INTERNATIONALE POLITIK,
KULTUR UND ENTWICKLUNG

Hier lesen Sie,
was Globalisierung
für die Länder des
Südens tatsächlich
bedeutet.



Das aktuelle Heft erhalten Sie gratis zum Probelesen unter:



Seit den 1980er Jahren ist das **Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.** ein Treffpunkt für Menschen, die sich kritisch mit den ungleichen Nord-Süd-Beziehungen auseinandersetzen.

Wir wollen soziale Bewegungen in unseren Schwerpunktländern Nicaragua, El Salvador und Mexiko solidarisch unterstützen und interessierte Menschen hier über die dortigen Entwicklungen informieren.

Gleichzeitig heißt Solidaritätsarbeit für uns, hier im Norden vom Süden zu lernen. Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika können wichtige Impulse für die sozialen Bewegungen im Norden liefern. Wir wollen Vertreterin-

nen und Vertretern von sozialen Bewegungen aus Lateinamerika eine Stimme geben und den Blick für Perspektiven aus dem globalen Süden öffnen. Wir tun dies in mittels Vortragsreihen, Diskussionsveranstaltungen, Filmreihen, Konzerten oder Theateraufführungen und im Infoblatt. Außerdem organisieren wir Solidaritätsbrigaden nach Nicaragua und El Salvador, bei denen, Teilnehmerinnen und Teilnehmer die politische und gesellschaftliche Realität dieser Länder kennen lernen und die Aktivitäten unserer Partnerorganisationen unterstützen können.

Wir freuen uns, wenn jemand bei uns mitmachen will. Informationen zu unseren Schwerpunktländern und unsere Arbeit:

www.oeku-buero.de

Zudem betreiben wir einen Flugdienst, mit dessen Überschüssen wir unsere Projekte finanzieren:

www.oeku-buero.de/flug

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA e.V.

Das **Informationsbüro Nicaragua e.V.** in Wuppertal ist ein entwicklungspolitischer Verein, der 1978 aus der Solidaritätsbewegung mit dem nicaraguanischen Befreiungskampf hervorging. Seit 1990 konzentriert das Informationsbüro Nicaragua seine Arbeit stärker auf die vielfältigen Organisationen und Zusammenschlüsse an der Basis. Eine Säule unserer Arbeit ist seitdem die finanzielle Unterstützung von Selbstorganisation und sozialen Bewegungen in Nicaragua.

In der Bildungs- und Informationsarbeit in Deutschland setzt sich das Infobüro nicht nur mit Nicaragua-spezifischen Themen auseinander. In den letzten Jahren beschäftigt sich das Infobüro hauptsächlich mit Freihandel, Privatisierung, Arbeits- und Lebensbedingungen in den Ländern des globalen Südens und Nordens sowie mit Fragen der sozialen Sicherheit im globalisierten Kapitalismus, mit Gender und reproduktiven Rechten sowie der ökologischen Zukunftsfähigkeit. Dabei geht es uns nicht allein darum, einen Beitrag zur Bildung zu leisten, sondern auch zur Mobilisierung und Unterstützung von Menschen und sozialen Organisationen, die für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen: hier in Europa und in den Ländern des Südens.

Das Informationsbüro ist eine offene Gruppe, die Informationen bereitstellt und Publikationen herausgibt. Wir unterhalten ein öffentlich nutzbares, umfangreiches Dritte-Welt-Archiv, erstellen Bildungsmaterialien, vermitteln und stellen ReferentInnen und organisieren Aktionen, Veranstaltungen und Seminare.

Informationen sowie aktuelle Materialien und Ausstellungen: <http://www.informationsbuero-nicaragua.org>

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

Die **Lateinamerika Nachrichten (LN)** sind eine Monatszeitschrift, die solidarisch, kritisch und unabhängig über aktuelle Entwicklungen und Hintergrundthemen aus Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft in Lateinamerika und der Karibik berichtet. Denn wer sich für aktuelle Hintergrundinformationen aus und über Lateinamerika interessiert,

sucht in der deutschsprachigen Medienlandschaft oft vergebens. Die wenigen Berichte bleiben meist an der Oberfläche oder zeugen von einer einseitigen Wahrnehmung gesellschaftlicher und politischer Konflikte. Die LN wollen dem eine differenzierte und kritisch-solidarische Berichterstattung entgegensetzen. Das heißt für uns, nicht nur Informationsquelle zu Politik, Kultur und Gesellschaft in Lateinamerika und der Karibik zu sein, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse genau zu analysieren und kritisch zu hinterfragen.

Wir möchten uns nicht mit einer globalen (Un-)Ordnung abfinden, in der ein großer Teil der Menschheit in Armut und Unterdrückung lebt und von gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe ausgeschlossen ist. Reflexion und Kritik der bestehenden Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd sind dabei wichtige Impulse für unser publizistisches Engagement. Neben Analysen, Reportagen und Interviews zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Themen bilden kulturelle Themen aus Literatur, Film und Musik einen Schwerpunkt unserer Berichterstattung.

Ein umfangreiches Archiv sowie Informationen zu Abonnements und Preisen unter: www.LN-Berlin.de